



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

P
03

PADERBORNER BEITRÄGE

zur

Raumforschung, Raumpolitik, Raumsoziologie und Raumökonomik

Ostwestfalens Leistungsentfaltung

und

Wiederbegründung seiner Universität

in

PADERBORN

Eine landespolitische Aufgabe

von

Dozent Dr. habil. Heinz Hamann

1965

SU
30

P A D E R B O R N E R B E I T R Ä G E

zur

Raumforschung, Raumpolitik, Raumsoziologie und Raumökonomik

Ostwestfalens Leistungsentfaltung

und

Wiederbegründung seiner Universität

in

P A D E R B O R N

eine landespolitische Aufgabe.

von

Dozent Dr. habil. Heinz Hamann

1 9 6 5

03

SU

30

~~03~~

~~MQ~~

~~414~~



1990.37216

"Niemals darf ein Mensch,
niemals ein Volk wähen,
das Ende sei gekommen.
Güterverlust läßt sich ersetzen,
über anderen Verlust tröstet die Zeit,
nur ein Übel ist unheilbar;
wenn der Mensch sich selbst aufgibt"

(Johannes von Müller, sämtliche Werke 1833 -
zitiert nach F.G. Schulze: Die Arbeiter-
frage nach den Grundsätzen der Deutschen
Nationalökonomie - Jena 1849 -)

Alle Urheberrechte an dieser Arbeit, die als wissenschaftliches Gutachten eine Reihe von bisher nicht veröffentlichten Forschungsergebnissen enthält, einschließlich des Rechtes der Übersetzung sind vorbehalten. Weitergabe, Vervielfältigung - auch teilweise - und publizistische Auswertung bedarf der vorher einzuholenden schriftlichen Genehmigung des Verfassers unter Verwendung seiner Wohnungsanschrift: 479 / Paderborn, Riemkestr. 35.

I n h a l t :

	Seite
Der Anlaß	1
Vorbemerkung: Der Raum	3
Die Frage der Gestaltung und Nutzung des Raumes in NRW	5
Zur arbeitsökonomischen Grundsatzfrage des Landes- R a u m-Problemes	7
Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung je Erwerbsperson	9
Bruttoinlandsprodukte i.d.W. - Ber. 1950 - 63	10
Wirtschaftsbereiche und Erwerbspersonen	13
"Soziale Marktwirtschaft"	15
Zur bevölkerungsökonomischen Grundsatzfrage des Landes - R a u m - Problems	17
Erholungsmöglichkeiten in Ostwestfalen?	19
Bevölkerungsdichte	20
Überdurchschnittliche Kinderzahl in der Ehe	23
Geburtenüberschuß, Privathaushalte, Erwerbspersonen	25
Zur sozialökonomischen Grundsatzfrage des Landes - R a u m - Problems	29
Innerräumlicher und zwischenräumlicher Bev.-Ausgleich	30
Ostwestfalens geographische Lage	31
Ostwestfalens natürliche Kräfte	32
Zur sozialökonomischen Frage Ostwestfalens	33
Krisenursachen im Landbau	37
Sozialökonomische Grundgleichung	38
Erwerbstätigkeit der Frau	41
Entstehung der beruflichen Frauenarbeit	42
Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage des Landes - R a u m - Problems	46
Grundlagen und Gliederungen großer politischer Zielsetzungen	48
Arbeitsteilung zwischen Hochschulen	51
Lehrdisziplin der Ostwestfalen-Universität	53
Forschungsabteilungen der Ostwestfalen-Universität	53
Ostwestfalens Leistungsentfaltung	57
Zur Wiederbegründung einer Landesuniversität in Paderborn	68
Planungskarte Ostwestfalen	73

Der Anlaß:

Seitdem erstmalig bekannt gegeben wurde, unsere Landesregierung beabsichtige in Ostwestfalen die fünfte Landesuniversität zu errichten, hat sich

die hochschulpolitische Situation

unverkennbar gewandelt. Es geht jetzt darum, den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Nachdem die TH in Aachen zur Universität erweitert, Düsseldorfs Medizinische Akademie zur Hauptstadtuniversität entwickelt, Bochums Ruhruniversität im neuen Typ errichtet wird und in Essen ein besonderes Klinikum erhält, läßt das Land in Dortmund eine Technische Universität erbauen. Das heißt:

Nordrhein-Westfalens Landesregierung handelt bildungspolitisch der Gesamtentwicklung von Gesellschaft, Technik und Wirtschaft gemäß konsequent!

K e i n e in der Zielsetzung beschränkten "Hohen Schulen"! Der Ausweitung der Bildungsansprüche angepaßt, v i e l s e i t i g e , lokalspezialisierte und damit dem Landesbildungsprogramm gerecht werdende Universitäten sind das sich abzeichnende Ziel! Aus dieser Lage erklärt sich, daß Ostwestfalen im Rahmen des Landesprogramms eine Universität neuen Typs zugedacht ist, die als achte Landesuniversität vermutlich für längere Zeit die letzte Neugründung dieser Art sein dürfte.

Angesichts dieser Lage haben sich die Bürger Paderborns anhand der Denkschrift ihrer Stadtverwaltung zur Universitätsfrage und der sich entwickelnden Diskussion in der Öffentlichkeit mit dem Standortsproblem und der Zielsetzung der Ostwestfälischen achten Landesuniversität befaßt. Sie besannen sich darauf, daß Paderborn seit 1614 de jure bereits eine Volluniversität mit Promotionsrecht besessen hatte, von der immerhin bis auf den heutigen Tag trotz aller politischen Wandlungen de facto eine

Restuniversität

in Form der Erzbischöflich Philosophisch - Theologischen Akademie erhalten geblieben war, neben der seit altersher eine Hochschule des Franziskanerordens und ein Benediktinerkolleg bestehen.

Als nicht nur traditionsbewußte sondern beharrliche Westfalen überdachten die Paderborner die Spannweite ihrer Heimatstadt als Kulturzentrum, die Reichweite des ostwestfälischen Raumes und seine Bedeutung innerhalb des Landes. Aus diesen Erwägungen wurde der Verfasser, als ein mit Universitätsproblemen vertrauter Vertreter der Wissenschaft, der Ostwestfalen seit 20 Jahren aus eigener Anschauung kennt, zu der Frage eine Analyse zu erstellen, gebeten:

inwieweit vermögen

die landespolitischen Bestrebungen in der Bevölkerungspolitik,
in der Gesundheitspolitik
in der Struktur- und Sozialpolitik
in der Kultur- und Bildungspolitik

angesichts der vorliegenden ökonomischen und soziologischen Probleme Ostwestfalens

im ostwestfälischen Kulturzentrum Paderborn

einen optimalen Standort für die achte Landesuniversität zu gewinnen?

Vorbemerkung:

Der R A U M

als M A C H T F A K T O R
als weltpolitisches Problem
als wirtschaftsgestaltende Kraft
als landespolitische Aufgabe

Franz O p p e n h e i m e r , der als Hochschullehrer unserem Bundeskanzler den Weg zum sozialen Liberalismus gewiesen hat, aus dem die "soziale Marktwirtschaft" entstanden ist, verdanken wir die

soziologische Grunddeutung des Raumes als Machtfaktor.

Dank seiner wissenschaftlich exakten Ausbildung erfaßte O. das soziale Elend im Berlin der Gründerjahre, erkannte die sich abzeichnenden tiefgreifenden Probleme und überwandt in einer langjährigen wissenschaftlichen Arbeit M a r x ebenso wie R i c a r d o. Oppenheimers bodenpolitische Auffassung, die auch zu einer von Marx wesentlichen abweichenden Stellungnahme zum ersten Auftreten des Kapitalismus führte, gipfelt in der These:

Wer den B o d e n hat, hat den R a u m, hat die M a c h t!
Was Jahrtausende Geltung hatte, bewahrheitet sich bis zum heutigen Tag. Wo immer unverschleiert über die Fragen des R a u m e s generell, des W e l t r a u m e s speziell diskutiert wird, erhält, daß es letztlich das Weltherrschaftsstreben ist, welches den Kommunismus auf Kosten einer überfälligen Weiterentwicklung seiner Volkswirtschaft höchsten Mitteleinsatz treiben läßt, um eine Vorrangstellung im Welt- raum zu gewinnen. Dank amerikanischer Parallelarbeit aus einer voll- entwickelten Volkswirtschaft heraus dürfen wir hoffen, daß vom Welt- raum her keine kommunistische Agression und Weltherrschaft die Mensch- heit eines Tages in Knechtschaft versetzen kann.

Werden auch die Weltraumprobleme ohne aktive Mitwirkung der Bundesre- publik entschieden, so sollte dennoch nicht übersehen werden, welche weltpolitischen Raumfragen ohne das Industrie- Wirtschafts- und Inte- lligenzpotential unserer BRD ganz offenbar nicht zu bereinigen sind.

Noch wissen wir nicht im einzelnen, was an zu bewältigenden Raumprob- lemen auf deutschen Kräfteinsatz wartet. Noch fehlt eine mit den übrigen Industrienationen durchzuführende Bedarfsermittlung und Lösungs- analyse. So verstreicht Zeit. So wächst die Not dort, wo man nicht weiß,

wie Brot zu gewinnen ist. Mit wachsender Not wird dem Kommunismus der Boden bereitet, der mit dem Hungertode von Millionen Asiaten seine Propagandatrommeln und Schlagzeilen füllt.

Was sich so als weltpolitisches Problem der R a u m s i c h e r u n g gegen destruktiven Kommunismus abzeichnet, wobei der Bundesrepublik ganz besondere Aufgaben zufallen, bleibt nicht ohne Einfluß auf die landespolitischen Raumfragen.

Als Mutterland des Ruhrreviers spiegelt sich die wirtschaftsgestaltende Kraft unseres Landes im Ablauf der bundesdeutschen Volkswirtschaft wieder. Solange das Land an Rhein und Ruhr voll funktions- und leistungsfähig seine Kapazität und Produktivität auf gesunder breiter Basis fortentwickelt, wirktes als Rückgrat der Stabilität im Bundeswirtschaftsgefüge.

Bei den besonderen R a u m f r a g e n prinzipieller Art geht es in der Gegenwart darum, bevölkerungs-, gesundheits-, wirtschafts-, sozial-, kultur-, und bildungspolitisch so zukunftsbezogen richtig zu handeln, daß dann, wenn die Gegenwart einmal Vergangenheit geworden ist, es sich erweist, daß unsere Landesregierung durch zutreffende Weichenstellung dazu beigetragen hat, ein festes Fundament für ein starkes und freies Europa zu begründen.

Bei grundsätzlichen Erwägungen solcher Art stehen Fragen zur Schaffung und Sicherung der Voraussetzungen im Vordergrund, die für die Ausweitung der Produktionskapazitäten wesentlich und in Einklang zu bringen sind mit der sozialpolitisch nicht minder bedeutsamen Frage nach der Mehrung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung für eine echte und nennenswerte Vermögensbildung der Arbeitnehmer. Wichtiger als die einmal vom Soziologen O p p e n h e i m e r aufgeworfene akademische Frage, ob die Arbeiter durch Gewinnbeteiligung oder Gewinnverteilung in den Genuß ihrer Leistung kommen sollen, ist und bleibt für landespolitische Erwägungen die A n a l y s e und S y n t h e s e der raumpolitischen Landesprobleme, weil dadurch den Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung einige, wissenschaftlich erarbeitete und erläuterte Anhaltspunkte für zu treffende und zu verantwortende Entscheidungen unterbreitet werden können.

Die Frage der Gestaltung und Nutzung des R a u m e s

in Nordrhein - Westfalen

(Eine Analyse der Aufgaben, Kräfte und Möglichkeiten im Hinblick auf eine Synthese auf der Basis ökonomisch-soziologischer Untersuchungen zur Beantwortung gegebener landespolitischer Entwicklungsaufgaben.)

Seitdem die Vereinten Nationen 1958 ihre Untersuchungsergebnisse zur Frage der Weltbevölkerungslage vorgelegt haben, wird die Menschheit von Zeit zu Zeit immer wieder auf die drohenden Gefahren einer Übervölkerung hingewiesen. Es fehlt aber seitens der Weltorganisation bisher jeglicher realisierbare Impuls zu einer konstruktiven Behandlung der umfangmäßig unschwer abzuschätzenden Aufgaben, die auf die Menschheit zukommen.

In den ersten zwanzig Nachkriegsjahren ist ganz offenbar in der Welt mehr daran und dafür gearbeitet worden, Vernichtungswaffen zur Auslöschung der Menschheit zu produzieren als ernsthaft die sich abzeichnenden Versorgungsprobleme einer echten Lösung näher zu bringen. Seitdem die Epoche des Kolonialismus beendet wurde, ist trotz aller Bildungen und Aufweichungen oder Umformungen politischer Machtblöcke unter dem Druck der ökonomischen und sozialen Verhältnisse j e n e L a g e entstanden, die es rechtfertigt, von einer

W e n d e m a r k e

der Wirtschaftsverhältnisse zu sprechen. Während ehemals sehr beachtliche Räume der A-Kontinente ¹⁾ nur als Zubringer von Rohstoffen zu Gunsten ihrer Herrenländer auftreten durften, hat ihre Befreiung jene Weltmarktentwicklung angefangen, deren laufende Verstärkung nunmehr mobilisierend einwirkt auf die Kapazitäten des Weltbedarfs an Nahrungs- und Industriegütern, an Dienstleistungen und Fachkräften. Während vom B e d a r f her der Güterproduktion, sofern sie marktwirtschaftlichen Gesetzen folgt, f r e i e B a h n gegeben ist, erhebt sich das P r o b l e m des Entgelts. Die Masse des ständig wachsenden Weltbedarfs wird vom Zuwachs an Menschen und innerhalb von Bevölkerungen getragen, die noch nicht in der Lage sind, ihre eigenen Räume p r o d u k t i v zu nutzen. Noch gelingt es hier nicht, eine volle Mobilisierung der produktiven Kräfte des eigenen Raumes einzuleiten und für den Weltmarkt so viele Waren zu erzeugen,

1) A-Kontinente = Amerika, Afrika, Asien, Australien.

daß mit ihrer Hilfe der Bedarf an Gütern aus Industriestaaten beglichen werden kann.

Historisch gesehen wiederholt sich im Weltmaßstab jenes geradezu explosive Bevölkerungswachstum, das in Europa zu verzeichnen war, als mit der Befreiung der Masse von obrigkeitlicher Bevormundung jene Epoche einer vollen tausendjährigen Entwicklung beendet wurde, in der Grundherren und Verwaltungen über die Zahl der Eheschließungen zu befinden hatten. Aus der Bevölkerungsstatistik ist zu ersehen, wie sich die Verlagerung der Verantwortung in der Frage der Ehe- und Kinderzahl von der Obrigkeit in die Familien selbst ausgewirkt hat. Auf eine Übergangszeit rasanter Volksvermehrung, die auch durch Fortschritte in der Hygiene, Medizin und Verbesserung der Ernährung gefördert wurde, folgte bereits in den 70er Jahren der Umschwung. Als die bis dahin bodenverbundenen Landmenschen nach der Übersiedlung in die Industriegebiete bar ihrer bisherigen Minimalexistenzsicherung mit der Existenzkrisenlage bei Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden, kam die Ernüchterung und folgte die Besinnung. Dass späterhin bis auf unsere Zeit andere Faktoren gleichsinnig wirksam wurden und die Zunahme der Bevölkerung nicht nur erheblich sondern bedenklich reduzierten, sei der Vollständigkeit halber zum mindesten angedeutet.

Bedienen wir uns der Ausdrucksweise der ökonomischen Theorie, so ist festzuhalten:

Es besteht eine gewaltige Diskrepanz zwischen dem Weltbedarf und der realen Nachfrage nach Produktionsmitteln, Konsumgütern, Kapital und Fachkräften.

Dieses Problem kann in den freien Industriestaaten der Welt und unter ihnen am wenigsten in Nordrhein-Westfalen ernst genug genommen werden. Weil der Kommunismus aus den schwierigen Bedarfsdeckungsverhältnissen der Entwicklungsländer für sich und die Verbreitung seiner Thesen sehr aktiv tätig ist, fordert die sich damit zuspitzende weltpolitische Lage geradezu zwingend eine Vermehrung der Aktivität in den freien Industrienationen. Insbesondere scheint für die Bundesrepublik der Zeitpunkt gekommen zu sein, um aus ihrer geographischen Lage heraus sich auf die "N e u e W i r k l i c h k e i t" ²⁾ einzustellen.

Die von der Wendemarke der Weltwirtschaftsverhältnisse letztlich zutiefst mitbestimmte "Neue Wirklichkeit" gilt es zu meistern.

Für Nordrhein-Westfalen folgt aus solcher nüchternen Problemschau die Konsequenz, die effektiv anstehenden

arbeitsökonomischen
bevölkerungsökonomischen
sozialökonomischen
bildungsökonomischen Grundsatzfragen

b e z o g e n auf die Problemlage des Raumes abzuwägen und einer echt konstruktiven Lösung entgegenzuführen.

2) Barzel, R: CDU-Parteitag 1965 Düsseldorf

Zur arbeitsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes-R a u m-Problems

Die führenden Männer der Bundesregierung haben auf dem Parteitag dieses Jahres darauf hingewiesen, daß zukünftig große Mittel zu schaffen und für Aufgaben der Bildung sowie Sozialpolitik bereitzustellen sind. Vom sozio-ökonomischen Standpunkt aus kann wissenschaftlich nur unterstrichen werden, was politisch gefordert worden ist. Darüberhinaus aber, und hier wird der Wissenschaft das Primat nicht streitig gemacht, ist die deutsche Zukunftsaufgabe 1. eine ökonomische, 2. eine soziologische. Denn es kommt ganz entscheidend darauf an, ebenos zielstrebig wie kraftvoll eine w a c h s e n d e Arbeitsökonomik und eine w a c h s e n d e Existenzsicherung des arbeitenden Menschen nachhaltig durchzusetzen.

Wenn hier der Arbeitsökonomik ein besonderer Raum gewidmet wird, so soll damit den Disziplinen der Arbeitspsychologie und Arbeitsphysiologie, deren Verbreitung an unseren "Hohen Schulen" ohnehin von eminenter Bedeutung ist, eine gleichwertige Disziplin an die Seite gestellt werden. Dabei haben wir es hier mit einem Problem zu tun, das außerhalb gewerkschaftlich-unternehmerischer Auseinandersetzungen zu behandeln ist. Denn davon, w i e zukünftig an diese Aufgabe herangegangen wird, dürfte es entscheidend mit abhängen, ob und wie die freie Welt endgültig mit ihrer Wirtschafts- und Sozialauffassung allgemeine Anerkennung zu gewinnen vermag.

Für Nordrhein-Westfalen handelt es sich bei der Arbeitsökonomik, bei der Frage des volkswirtschaftlichen Nutzeffektes je Arbeitsstunde des Erwerbstätigen, um eine Grundsatzfrage erster Ordnung.

Erinnern wir uns, daß unser Bundeskanzler, dessen "soziale Marktwirtschaft" zwar noch der vollen theoretischen Durchdringung bedarf, aber gleichwohl eine der überzeugendsten Prämissen für ein wachsendes Übergewicht Westeuropas gegenüber dem asiatischen Gegner beinhaltet, vor einigen Monaten ein Europa der "Freien und Gleichen" als sein persönliches politisches Ziel herausgestellt hat. ³⁾ Wer wollte diesem Ziel nicht zustimmen? Was für grundlegende Maßnahmen ordnenden Handelns setzt dieses Ziel nicht auch für die Länder im Bundesgebiet voraus?

3) Erhard, L.: Im Geleitwort zur Oppenheimer Biographie von 1964.

Freiheit und Gleichheit: Dieses wahrlich hohe Ziel erfordert ein Maximum an Leistungsentfaltung. Das wiederum ist nur zu verwirklichen, wenn mit dem Einsatz jeder deutschen Arbeitskraft nicht nur ökonomisch, sondern ökonomischer oder am ökonomischsten verfahren wird. Eine Notwendigkeit solcher Art ergibt sich aus folgenden Überlegungen:

1. Arbeitsökonomik ist aus der bekannten arbeitswirtschaftlichen Situation heraus geboten.
2. Arbeitsökonomik ist volkswirtschaftlich unerlässlich, um den Nutzeffekt der Arbeit steigern, den Kapital - Bildungsprozess beschleunigen und Kräfte freistellen zu können für die Ansätze in den Entwicklungsräumen. Hier gilt es Märkte zu erschließen, für die soziale Marktwirtschaft Zeugnis abzulegen, die Devise "Freiheit und Gleichheit" gegenüber den kommunistischen Thesen durchzusetzen.
3. Arbeitsökonomik ist auch im Hinblick auf die Zukunft des deutschen Volkes unerlässlich. Es ist wesentlich, die Menschen langfristig arbeits- und leistungsfähig zu halten und so - soweit möglich - den Folgen des Geburtenmangels entgegenwirken zu können.
4. Arbeitsökonomik erweist sich als wirtschaftliches und politisches Teilziel deswegen als unentbehrlich, weil seine konstruktive Behandlung es erforderlich macht, die Entwicklung der Produktions- und Güterverteilungsprozesse sehr exakt zu verfolgen, um einsparend auf die Arbeitskräfteverwendung sowie lenkend bewußt auf die Mehrung der Arbeitsproduktivität Einfluß nehmen zu können.
5. Arbeitsökonomik als wissenschaftliche Disziplin ist ein typisches Beispiel für eine Gemeinschaftsforschung. Nur im engen Zusammenhang mit den Vertretern der Arbeitshygiene, Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie vermag der Fachvertreter seiner hohen Aufgabe zu entsprechen.
6. Arbeitsökonomik als volkswirtschaftliche und volkspolitische Aufgabe läßt sich nur in ihrer Beziehung zum Raum als grundlegende sozial- und kulturpolitische Aufgabe herausstellen:

Wir stellen gegenüber das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson, das wir nach dem Stat. Jahrbuch von Nordrhein-Westfalen Ausgabe 1964 ermittelt haben, mit der Wertschöpfung je Erwerbsperson. Diese Wertschöpfung haben wir im Wege kalkulativer Taxation nach eigener Methode unter Bezugnahme vom Bruttoinlandsprodukt errechnet. Für die Hauptwirtschaftsbereiche, welche das Stat. Jahrbuch ausweist, vergleichen wir also die Bruttoinlandsprodukte und Wertschöpfungen. Dabei führen wir die absoluten Werte an und stellen ihnen die relativen gegenüber, wobei wir als Basis die Werte des warenproduzierenden Gewerbes benutzen. Auf diese Weise ist es möglich, den Abstand zu ermessen, den die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsbereiche gegenüber dem Gewerbe aufweist.

Übersicht 1. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung je Erwerbsperson in den Wirtschaftsbereichen des Landes Nordrhein-Westfalen. nach dem Stande von 1961.

Wirtschaftsbereich:	Brutto-Inlands-Produkt: je Erwerbsperson	Wertschöpfung je Erwerbsperson
Waren produzierendes Gewerbe	14.600,-- DM/Jahr = 100	13.300 DM/Jahr = 100
Handel & Verkehr	14.200,-- " " = 97	12.900 " " = 97
Dienstleistungsbereiche	14.200,-- " " = 97	12.800 " " = 96
Land-, Forst- u. Fischwirtsch.	6.100,-- " " = 42	4.800 " " = 36
Alle Bereiche im Durchschnitt des Landes	13.900,-- " " = 95	12.600 " " = 95

Dabei ist zu beachten, daß bei der Wertschöpfung jeweils von der Ausgangsbasis der Betrag abgesetzt worden ist, der auf Abschreibung infolge Abnutzung normalerweise entfällt.

Vergleichen wir die Gegenüberstellung vom Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung, so sind die Unterschiede zwischen den Relativwerten nur im Bereich der Landwirtschaft beachtlich. Insgesamt können wir feststellen: Der starke Abfall des Landbaus gegenüber der gewerblichen Wirtschaft führt zu der volkswirtschaftlich begründeten Erwägung, daß ein regulierendes Eingreifen seitens der Landesregierung erwünscht ist. Einmal erscheint es aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit beachtlich zu sein, die Wertschöpfungsverhältnisse im Landbau zu verbessern. Sodann ist es volkswirtschaftlich sicherlich nur zweckmäßig, wenn der landwirtschaftliche Bereich im stärkeren Umfange als zuvor in die Lage versetzt wird, am allgemeinen Güter- und Leistungskreislauf teilzunehmen. Schließlich bleibt zu bedenken, daß bei einer Wertschöpfungsparität zwischen Gewerbe und Landwirtschaft die Wertschöpfungssumme des gesamten Landes im Jahre 1961 um nahezu 4 Milliarden DM höher ausgefallen wäre.

Schon aus dieser ersten Deutung der Übersicht 1.) wird die Auffassung bestätigt, daß arbeitsökonomischer Untersuchung eine nicht unbeachtliche Bedeutung zukommen muß. Von den weiteren Fragen, die naheliegen, beschränken wir uns auf das immerhin besonders wichtige Problem nach dem Entwicklungsverlauf der Wirtschaftsbereiche zwischen 1950 und 1963

Übersicht 2. Bruttoinlandsprodukte in den Wirtschaftsbereichen
von 1950 bis 1963.

Jahr:	Land-,Forst-und Fischwirtschaft	Waren produzier. Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistun- gen
1950:	= 100	= 100	= 100	= 100
1963:	= 161	= 355	= 345	= 439

Die Bereiche "Waren produzierendes Gewerbe" sowie "Handel und Verkehr" wurden also durch die Gruppe "Dienstleistungen" nicht unerheblich überrundet. Hier zeigt sich also eine deutlich erkennbar werdende Differenzierung im Entwicklungswachstum der großen Wirtschaftsbereiche ab. Bei dieser Differenzierung ist zu vermuten, daß innerhalb der großen Bereiche sehr erhebliche Unterschiede der arbeitsökonomischen Nutzeffektzunahmen bei den Teilbereichen aufgetreten sind. Hierzu sagt die weiterführende Analyse auf Grund der Aufzeichnungen der Statistik folgendes aus:

In dem Waren produzierenden Gewerbe findet sich von 1950 bis 1963 das geringste Wachstum von 171 % bei der Gruppe der Energiewirtschaft nebst Bergbau und Wasserversorgung. Im Gewerbe im engeren Sinne liegt ein Zuwachs um 248 % vor, während das Baugewerbe eine Zunahme von 346 % zeigt.

Im Handel und Verkehr liegt der Handel mit einer Steigerung um 261 % vorn und zwar um 97 Punkte vor dem Gewerbe, das den Verkehr und der Nachrichtenübermittlung dient.

Bei den Dienstleistungen liegen Kreditwesen und Versicherungswirtschaft mit einem Zuwachs um 376 % etwa auf einer Ebene mit den Dienstleistungen der Unternehmungen und übertreffen die Wohnungsvermietung sowie Sozialversicherungen, die nur Zuwächse von 252 bzw. 259 % erkennen lassen.

Die naheliegende Konsequenz

Die Wachstumsunterschiede in den Volumina der Bruttoinlandsprodukte bei den Teilbereichen der Wirtschaftsbereiche bezeugen, daß unsere Wirtschaft eine erhebliche innere Dynamik besitzt.

Ist Dynamik auch ein Kennzeichen einer weltoffenen freien Verkehrswirtschaft, so darf das andererseits nicht davon abhalten, sie durch eindeutige Analysen in ihrer Bewegung zu beobachten.

Es ist nämlich unverkennbar, daß die überwiegend gemeinwirtschaftlichen Bereiche Energiewirtschaft, Bergbau und Wasserversorgung sowie das

Verkehrs- und Nachrichtenwesen, die preispolitisch bestimmten Bindungen unterliegen, in der Zuwachsrate gegenüber dem Handel, Baugewerbe, Kredit- und Versicherungswesen als rückständig erscheinen. Insoweit liegen allgemeine wirtschaftspolitische Probleme vor, die aus gemeinwirtschaftlicher Sicht einer besonderen Behandlung bedürfen.

Von besonderer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß der Bereich des verarbeitenden Gewerbes im engeren Sinne mit seinem Arbeits-ertrag nicht an der Spitze innerhalb der Wirtschaft liegt. Es ist für die Beurteilung dieser Frage wichtig daran zu erinnern, daß die verarbeitenden Gewerbe fast 45 % des Bruttoinlandsproduktes des Landes aufbringen. Da also das Bruttoinlandsprodukt dieses verarbeitenden Gewerbes den Landeswohlstand maßgeblich beeinflußt, muß von der weiteren Entwicklung die Zukunft der arbeitsökonomischen Verhältnisse erheblich beeinflußt werden.

Die immerhin wirtschaftspolitisch leicht problematische Lage des Waren produzierenden Gewerbes geht auf Ursachen verschiedener Art zurück. Vornehmlich ist es die Frage der Energiekosten insoweit, als die Kohle nach Auffassung der Industrie einen Preis erreicht hat, der die Wettbewerbsfähigkeit in Mitleidenschaft ziehen kann. Das zweite Problem hängt mit der Entwicklung innerhalb der gewerblichen Bereiche selbst zusammen. Hier ist zu beachten, daß neben den herkömmlichen Zweigen der gewerblichen Wirtschaft unter dem Einfluß der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte völlig neue Produktionsbranchen entstanden sind. Bei ihrer Einrichtung waren von vornherein ökonomische Gesichtspunkte und arbeitssparende Einrichtungen berücksichtigt worden, die vor Jahrzehnten, als Neuerungen in den alten Branchen des Gewerbes durchgeführt wurden, noch nicht einmal dem Namen nach bekannt war.

Aus arbeitsökonomischer Sicht ist also zu erwägen, inwieweit durch eine geeignete Wirtschaftspolitik dazu beigetragen werden kann, die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der gewerblichen Wirtschaft anzuheben. Insbesondere erscheint es der Überlegung wert zu sein, wie weit es technisch und im Hinblick auf die Transportkosten zu verantworten ist, bei der Erzeugung von Halbfabrikaten, also bei der sogenannten Vorfeldfabrikation dazu überzugehen, derartige Produktionen im benachbarten Ausland durchführen zu lassen, wo ohnehin Arbeitslosigkeit herrscht, weil die industriewirtschaftliche Entwicklung noch

sehr rückständig ist. Das Beispiel der Firma Krupp, die diesen Gedanken bereits in Polen verwirklicht hat, könnte diesbezüglich wertvolle Anregungen vermitteln.

Indem damit eine Verlagerung relativ wenig arbeitsökonomischer Produktionen in außerdeutsche Räume angeschnitten wird, betreten wir wissenschaftlich durchaus kein Neuland.

Eine Verlagerung von Erzeugungszweigen, die verhältnismäßig wenig Kapitalaufwand aber viel Handarbeit erfordern und daher generell nur dort in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft ihren besten Standort haben können, wo ein Arbeitskräfteüberfluß besteht, wo also das Lohnniveau noch relativ niedrig ist, hat sich bereits in der landwirtschaftlichen Erzeugung seit Jahrzehnten angebahnt. Es sei hier nur daran erinnert, daß die Gewinnung von Wolle aus Deutschland nahezu restlos in überseeische Gebiete abwandern mußte. Die Gewinnung von Flachs ist zunächst aus Deutschland in die baltischen Randstaaten verlagert worden. Wenn also die Industrierwerke großen Formats dazu übergehen, an Stelle der Heranholung von Gastarbeitern Filialbetriebe in Oststaaten einzurichten, so folgen sie jener Entwicklung, die sich in ähnlicher Weise unter gleichem Vorzeichen bereits im Landbau vollzogen hatte. Daß mit derartigen Transaktionen deutscher Industrie dazu beigetragen werden kann, die Position der deutschen Wirtschaft und den deutschen Markteinfluß zu festigen, kann nur als erwünschter Vorteil auch in politischer Hinsicht angesprochen werden.

Diese Auffassung von der zentralen Bedeutung einer eingehenden Analyse der arbeitsökonomischen Fragen des Landes Nordrhein-Westfalen läßt es empfehlenswert erscheinen, auf Grund einer raumspezifischen Sonderbetrachtung einen Überblick darüber zu gewinnen, inwieweit die sozialen Verhältnisse der Erwerbspersonen von der Wirtschaftsstruktur größerer und kleinerer Teilräume im Lande beeinflußt werden.

Wir stellen gegenüber: die Anteile der Erwerbspersonen an der Gesamtzahl im Land, in den Regierungsbezirken als Teilräumen des Landes und in Ostwestfalen mit eingehender Untergliederung als hier besonders interessierenden Spezialraum. Für jeden Teilraum fügen wir den Anteil der Erwerbspersonen in den Wirtschaftsbereichen auch die anteiligen Werte hinzu, welche jeweils die Zahlen der Selbständigen nebst ihren Familienangehörigen wiedergeben, die als mithelfend im Unternehmen ausgewiesen sind. Ferner setzen wir in Parallele die jedem Teilraum zugehörige Angabe des Bruttoinlandsproduktbetrages je Erwerbsperson in absoluten und relativen Werten. Die Unterlagen für diese Werte sind im Stat. Jahrbuch aus 1964 entnommen und beziehen sich auf die jüngsten Originalwerte aus 1961.

Übersicht 3. Wirtschaftsbereiche und Erwerbspersonen.

Von den Erwerbspersonen entfallen in % auf

R a u m :	Forst, Fisch. Landbau	Produz. Gewerbe	Handel & Verkehr	Dienst- leistg.	S & F.	Brutto- inlandsprodukt
Land	6,4 = 100	: 56,4=100:	17,8	: 19,4	: 15,2	: 13.900 = 100
Düsseld.	3,0 = 47	: 58,3=103:	19,2	: 19,5	: 12,2	: 15.300 = 110
Köln	5,1 = 80	: 49,1=87	: 20,0	: 25,8	: 15,2	: 15.300 = 110
Aachen	9,2 = 144	: 54,1= 96:	16,1	: 19,6	: 18,9	: 12.400 = 89
Münster	10,6 = 166	: 55,8= 99:	15,4	: 18,2	: 17,7	: 12.600 = 91
Detmold	14,3 = 223	: 52,3= 93:	15,2	: 17,2	: 23,2	: 11.400 = 82
Arnsberg	5,2 = 81	: 60,4=107:	17,4	: 17,0	: 13,5	: 13.500 = 97
u n d						
Ostwestfl.	14,8 = 231	: 53,3= 94:	14,7	: 17,2	: 23,2	: 11.400 = 82
davon:						
Bielefeld						
&Herford	4,9 = 77	: 61 =108:	16,5	: 17,9	: 14,7	: 13.600 = 98
Detm., Lemgo	16,7 = 261	: 49,2= 87:	13,5	: 20,6	: 26,1	: 9.800 = 77
Halle, Lübb.						
Min., Wiedb.	17,7 = 277	: 53,3= 94:	14,3	: 14,7	: 26,0	: 11.200 = 81
Nordraum	12,3 = 192	: 56,2=100:	15,2	: 17,3	: 21,4	: 11.900 = 86
Büren	37,5 = 586	: 40,0= 71:	10,1	: 12,4	: 41,2	: 6.600 = 47
Höxter	24,1 = 377	: 42,9= 76:	14,5	: 18,5	: 32,2	: 9.200 = 66
Paderborn	14,6 = 228	: 45,8= 81:	21,4	: 26,0	: 22,1	: 11.300 = 81
Warburg	41,0 = 639	: 30,3= 54:	12,8	: 15,9	: 47,0	: 7.600 = 55
Zentralraum	24,7 = 386	: 40,6= 72:	15,5	: 19,2	: 32,0	: 9.300 = 67
Arnsberg	8,9 = 139	: 59,5=106:	13,9	: 17,6	: 18,5	: 12.300 = 88
Brilon	27,1 = 423	: 44,8= 79:	10,9	: 17,2	: 36,4	: 9.200 = 66
Meschede	20,0 = 313	: 48,4= 86:	14,9	: 16,7	: 28,0	: 9.500 = 68
Olpe	15,0 = 234	: 58,1=103:	13,2	: 13,7	: 22,9	: 10.400 = 75
Siegen	9,5 = 148	: 62,5=111:	15,7	: 12,3	: 18,2	: 13.500 = 97
Wittgenst.	29,0 = 422	: 47,2= 82:	10,3	: 13,5	: 36,9	: 8.000 = 58
Südraum	15,5 = 242	: 55,8= 99:	13,8	: 14,9	: 24,0	: 11.200 = 81
Lippstadt	14,8 = 231	: 52,3= 93:	15,1	: 17,8	: 22,9	: 11.400 = 82
Soest	16,3 = 255	: 42,1= 75:	18,1	: 23,5	: 22,9	: 10.600 = 76
Beckum	13,8 = 215	: 58,5=104:	12,8	: 14,9	: 20,8	: 13.500 = 97
Westraum	14,9 = 233	: 52,0= 92:	15,0	: 18,1	: 22,3	: 12.000 = 86

S & F = Selbständige und mithelfende Familienangehörige

Diese Spezialanalyse des Raumes Ostwestfalen führt

1. zur Bestätigung bereits gewonnener Erkenntnisse
2. zur Ausweitung bereits gewonnener Erkenntnisse
3. zur Fortsetzung der Untersuchung.

Gegenüber allgemein verbreiteten Auffassungen, denen zu Folge eine Auffüllung agrarischer Räume mit Industrieunternehmen als Voraussetzung dafür anzusehen ist, daß der Wohlstand von selbst kommt, ist zu erkennen:

Die Regierungsbezirksübersicht erweist, daß der Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe durchaus keine Gewähr dafür bietet, daß ein entsprechend hoher Wert des Bruttoinlandsproduktes erreicht wird.

Köln mit 49 % der Erwerbspersonen im Gewerbe, oder 87 % vom Landesmittel, übertrifft das Landesmittel des Bruttoinlandsproduktes um 10 %. Arnsberg mit 107 % und Bielefeld, Herford mit 108 % Erwerbspersonen vom Landesmittel im Gewerbe erreichen gleichwohl nur 97 bzw. 98 % des Bruttoinlandsproduktes je Erwerbsperson, das im Landesmittel verzeichnet wird. Detmold, Lemgo mit ebenso wie Köln 87 % Erwerbspersonen vom Landesmittel im Gewerbe kommen gleichwohl beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson nur auf 77 % des Landesmittels, das von Köln um 10 % übertroffen wird. Olpe übertrifft bei den Erwerbspersonen das Landesmittel um 3 %, das es beim Bruttoinlandsprodukt um 25 % unterschreitet.

Siegen liegt bei den Erwerbspersonen um 11 % über, beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbspersonen jedoch um 3 % unter dem Landesmittel.

Paderborn mit 81 % Erwerbspersonen vom Landesmittel erreicht auch beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson 81 % des Landesmittels, was auf eine absolut normale Lage in der wirtschaftlichen Entwicklung schließen läßt.

Bei Wittgenstein, ein Kreis, der auch 82 % des Landesmittels bei den Erwerbspersonen im Gewerbe erreicht, unterschreitet dennoch das Landesmittel beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson um 42 %.

Der gesamte Nordraum Ostwestfalens entspricht hinsichtlich der Erwerbspersonen des Gewerbes dem Landesmittel, das er aber im Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson dennoch um 14 % unterschreitet.

Nicht Gewerbeunternehmen an sich sondern nur Gewerbeunternehmen mit relativ hohem arbeitsökonomischen Nutzeffekt können dazu beitragen, im modernen Industriesat konstruktiv mitzuwirken bei der Bildung von Kapital

bei einer wirklich sozialen Gewinnverteilung an die Arbeitnehmer

bei einer echt raumbezogenen Einkommensbildung der Bevölkerung

bei einer echt raumbezogenen Familienpolitik.

So gewinnen also die Daten aus dem ostwestfälischen Raum einen allgemeinen landespolitischen Aussagewert.

Vom Raum und seinen Menschen her gesehen läßt sich somit festhalten:

1. Dem Sprichwort; Wer hat, dem wird gegeben! kann nicht ohne weiteres zugestimmt werden. Es ist durchaus nicht so, daß Unternehmen oder Wirtschaftsbereiche nebst den in ihnen tätigen Menschen allein schon deswegen, weil sie in dem Wirtschaftsprozess eingegliedert sind, ohne weiteres ein ihrer zahlenmäßigen Beteiligung entsprechendes Einkommen zufällt.

2. Was die "S o z i a l e M a r k t w i r t s c h a f t" angeht, so dürfen wir festhalten:

Die soziale Marktwirtschaft wirkt nicht ohne weiteres einkommenspolitisch u n i f o r m i e r e n d .

Die soziale Marktwirtschaft wirkt vielmehr formierend insofern, als sie Unternehmen, Menschen und Kräfte fördert, die bereit und willens sind, die jeweils vorliegenden Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung zu erkennen und zu nutzen.

Die soziale Marktwirtschaft ist also die wirtschaftliche Voraussetzung für die Bildung einer formierten Gesellschaft und zugleich die Voraussetzung, um einer Deformierung der Gemeinschaft entgegenzuwirken.

Für die Landespolitik, die in grundsätzlichen Fragen auf die Beachtung der Richtlinien abgestellt ist, welche der Bundeskanzler im gesamtpolitischen Bereich festlegt, ergeben sich aus den erkannten Zusammenhängen zwischen Wirtschaftsstruktur und Arbeitsökonomik immerhin einige beachtenswerte Probleme.

Insbesondere kommt es darauf an:

die A r b e i t s k r ä f t e f r a g e quantitativ und qualitativ zu lösen

die K a p i t a l- bzw. V e r m ö g e n s b i l d u n g in breitester Streuung zu fördern

den R a u m mit seinen Standortkräften voll in den Dienst einer zielbewußten Bevölkerungs-, Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftsentwicklungspolitik zu stellen.

Zur Erläuterung und Deutung sei hinzugefügt:

eine produktivitätsfördernde Arbeitskräftepolitik setzt voraus, daß die Erwerbspersonen eine ihren Fähigkeiten gemäße Ausbildung erfahren, um ihre Arbeitsplätze mit höchstmöglichem ökonomischen Nutzeffekt ausfüllen zu können,

... setzt voraus, daß im Wege einer Überwindung des Geburtenschwundes die Zahl der Familien mit mehr als 2 Kindern wachsende Tendenz erlangt,

... setzt voraus, daß durch Aktivierung der einschlägigen Forschung und Förderungsmaßnahmen eine Verbesserung der Gesundheitsführung in allen Bevölkerungsschichten erreicht wird.

In diesem Zusammenhang ist zu betonen, daß die derzeitige Säuglingssterblichkeit auch in Nordrhein-Westfalen auf den Stand der Niederlande gesenkt werden müßte, wo im 1. Lebensjahr nur etwa halb so viel der Neugeborenen sterben, wie bei uns. Ein weiteres Problem, das nicht übersehen werden darf, ist die wachsende psychische und physische Belastung der Menschen, die durch bzw. trotz der Mechanisierung und Automation hervorgerufen wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch eine physiologisch richtige Ernährung und wohlausgewogene Freizeitnutzung, wozu ein ausreichender Aufenthalt in gesunden, organisch belebten Naturräumen eine wesentliche Voraussetzung ist, die Leistungsfähigkeit des Volkes ganz erheblich angehoben werden kann. Eine produktivitätsfördernde Kapital- und Vermögensbildungspolitik ist auch deswegen unentbehrlich, um so die breite Masse in ihrem Bemühen um eine volle Existenzsicherung zu unterstützen, da, wie wir noch sehen werden, feststeht, daß ausschließlich die sich sozial gesichert fühlenden Familien eine überdurchschnittliche Kinderzahl aufweisen. Sozial gesicherte Familien sind also als lebendige Kraft anzusehen, deren Pflege ein besonders wichtiges Anliegen konstruktiver Landespolitik sein sollte, wenn das Land darauf abzielt, seine führende industriestaatliche Stellung zu festigen und auszubauen. Damit führt eine die räumlichen Probleme weitmöglichst erfassende Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung sowie der Sozial- und Gesundheitsverhältnisse zur Frage, wie es um das Problem der Bevölkerungsökonomik bestellt ist. Aus dieser Auffassung heraus wird nunmehr die Frage ventiliert werden, inwieweit Ostwestfalen für die Landespolitik besondere Fragen aufwirft, und aus welchen Gründen das Land an einer raumbezogenen Lösung der ostwestfälischen Universitätsfrage ganz besonders interessiert sein wird.

Zur bevölkerungsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes - R a u m - Problems.

Seitdem unter dem Begriff "Bevölkerungspolitik", der in unserer mehr oder weniger bewältigten Vergangenheit über Gebühr strapaziert worden ist, unter dem Einfluß weiter Kreise mehr Maßnahmen zur Verhinderung als zur Vermehrung des Volkswachstums verstanden werden, ist es an der Zeit, in einem freien Industriestaat sich mit dem Problem der "B e v ö l k e r u n g s ö k o n o m i k" zu befassen.

Es kann kaum zweifelhaft sein, worauf es ankommt. Entweder wird den noch zügig wachsenden Bevölkerungsmassen in den kommunistischen und noch nicht kommunistischen Ländern das Feld zur freien Betätigung überlassen, in dem der Westen resigniert oder kapituliert, oder die unter Arbeitskräftemangel leidenden Industriestaaten, die Wert darauf legen, daß in ihren Räumen zukünftig die westliche Kultur erhalten bleibt, bemühen sich aktiv darum, sich in bevölkerungsökonomischer Weise konstruktiv zu verhalten.

Angesichts der gewaltigen Anforderungen, die beim Aufstieg und Ausbau noch unerschlossener Räume an die Industriestaaten gestellt werden, kann es nicht und niemals fraglich sein, wie wichtig es ist, daß

1. die vorhandenen Probleme mit der gegebenen Bevölkerungszahl gemeistert werden,
2. die Stagnation in der Vermehrung der industriestaatlichen Bevölkerung grundlegend überwunden wird.

Für Nordrhein-Westfalen liegt bevölkerungsökonomisch schon deswegen eine besonders vordringliche Aufgabe vor, weil nicht mehr mit ähnlichen Zuwanderungen gerechnet werden darf, wie sie in den letzten 20 Jahren mit über 3 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten einmal zu verzeichnen war. Es kommt jetzt darauf an, Kräfte zu sparen, Kräfte zu mobilisieren und Kräfte sinnvoll einzusetzen.

B e v ö l k e r u n g s ö k o n o m i k erfordert also, daß landespolitische Maßnahmen bewußt auf die Gesunderhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung ausgerichtet werden. Dabei darf nicht übersehen werden, daß wir uns im Stadium einer bedenklichen Überalterung befinden, weil die Jahrgänge unter 15 Jahren im Verhältnis zu denen über 65 schwach ausfallen. Es wäre daher wohl zu erwägen,

auch die Leistungsreserven der Menschen produktiv einzusetzen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben. Dabei wäre zu erwägen, den Begriff der "Pensionsreife" auch im öffentlichen Dienst einer gewissen Revision zu unterziehen.

Sehen wir hier von der Anführung rein medizinischer Fragen oder einer Erörterung der Krankenversorgungsprobleme ab und beschränken wir uns auf den S a c h z u s a m m e n h a n g der Gesunderhaltung und Raumnutzung, der aus unserer Sicht der Bevölkerungsökonomik zwangslos hervorgeht, so wäre zu beachten:

Dank langwieriger aber zunehmend erfolgreicher Bemühungen sowie verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern ist das Problem der Urlaubsgewährung seiner Lösung allmählich näher gebracht worden. Die Frage des verlängerten Wochenendes, bei dem zwei volle freie Tage zur Verfügung stehen, ist in hoffentlich naher Zukunft zu bereinigen, wozu allerdings gehört, daß auch die Schulen dem Beispiel der Wirtschaft und Verwaltungen folgen. Solange der Unterricht in den Schulen auch an Sonnabenden fortgeführt wird, entfällt für die Eltern schulpflichtiger Kinder eine Möglichkeit, das volle Wochenende in vernünftiger Weise zu nutzen.

Damit nähern wir uns der Frage der F r e i z e i t g e s t a l t u n g. Folgen wir gewissen Verlautbarungen in der Presse, so sieht es so aus, als ob die Freizeit beseitigt werden müßte, weil viele Menschen damit noch nicht umzugehen verstehen. Fragen wir wegen der Bedeutung des Problems exakt, inwieweit seitens der Obrigkeit etwas getan worden ist, um in dieser Sache eine positive Nutzung der gesundheitsfördernden Möglichkeiten durchzusetzen, so stoßen wir auf ein Vakuum. Zweifellos wird niemand bestreiten wollen, daß die Stadtmenschen des Industrie- raumes nichts besseres tun können, als das freie Wochenende fern von den Arbeitsstätten in landschaftlich schöner und ruhiger, gesunder Umgebung zu verbringen. Nur wenn die Freizeit wirklich dazu dient, daß eine körperliche Erholung, geistige Entspannung und echte Kräftesammlung durchgeführt werden kann, vermag sie den Zweck zu erfüllen, den das verlängerte Wochenende haben kann. Was hilft es schon, wenn der Luftverschmutzung auf dem Verordnungswege entgegengetreten wird. Es ist zwar zu begrüßen, daß zukünftig weniger Ruß in die Luft geblasen werden

soll, aber gegen die Verunreinigung der Luft mit Staub und Schwefelwasserstoff usw. bestehen bisher nur sehr geringe Chancen einer Verbesserung der Verhältnisse.

Ist es nicht an der Zeit, daß die Landesregierung die Frage einer gesünderen Freizeitgestaltung als eine politische Frage ansieht und behandelt?

Natürlich geht es hier nicht darum, die persönliche Freiheit des einzelnen in der Nutzung seiner freien Zeit anzutasten. Unsere Aufgabe kann es nur sein, die Bedeutung herauszustellen, welche eine volle Nutzung der Erholungsmöglichkeiten in dem sogenannten Landesrückstandsgebiet von Ostwestfalen gewinnen kann.

Es kann nicht davon abgesehen werden, begründete Bedenken gegenüber einer gewissen Ausdehnung der Auslandsreisen breiter Bevölkerungsschichten in den Sommermonaten anzumelden. Für die Reisebüros mag die Invasion deutscher Bevölkerungsmassen in die südlichen Länder eine lukrative Angelegenheit sein. Überzeugt man sich aber davon, wie sich Italienrückkehrer verhalten, die im Juli einige Wochen an der schönen blauen Adria verbracht haben, so wird ein Eindruck gewonnen, der durchaus nicht davon überzeugen kann, daß die Sommerbesucher Italiens "erholt" zurückgekommen sind. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Wer nach des Jahres Last und Mühe sommertags nach Italien, Spanien oder Tunesien pilgert, kann dort wohl Bademöglichkeiten, aber keine körperliche Entspannung finden. In dem heißen Klima, das die Sommermonate im schönen Süden aufweisen, fehlt jeder Anreiz zu mäßiger körperlicher Bewegung, wie sie im deutschen Waldklima zur Wohltat wird, wo sie den Menschen dazu veranlaßt, seine Lungen mit reiner Luft zu füllen und mehr oder weniger automatisch eine Lungenreinigungskur durchzuführen, die dem gesamten Kreislaufvorgang so außerordentlich wohl tut. Was dem Südreisenden an Entspannung und gesundheitlicher Überholung verloren geht, kann kein Prestigegewinn, im Ausland gewesen zu sein, ersetzen.

Und die Erholungsmöglichkeiten in Ostwestfalen?

Von der Gesamtfläche des Landes nimmt der von uns ausgewiesene Ostwestfalenraum 35 % ein. Wir finden aber hier in Ostwestfalen 53.000 oder 42 % der insgesamt 124.638 Fremdenbetten, über die das Land verfügt. Allein schon dieser Fremdenbettenanteil weist darauf hin, daß es sich bei Ostwestfalen um ein landschaftlich besonderes anziehendes Gebiet handelt. Wenn wir der Statistik folgend feststellen, daß in den

Sanatorien Ostwestfalens die Fremdenbetten im Sommer durchschnittlich zu mehr als 90 % und im Winter zu 80 % belegt sind, so zeigt sich, daß Leute, die es sich leisten können, wohl wissen, wohin sie zu gehen haben, wenn es zur Wiederherstellung der Gesundheit erforderlich ist, unter ärztlicher Kontrolle nun eine Freizeit zu absolvieren.

Sollte nicht aus dieser Situation eine landespolitische Konsequenz gezogen werden? Um in dieser Frage eine Antwort geben zu können, haben wir für die Räume des Landes jeweils ermittelt, wie groß die organisch belebten Flächen - landwirtschaftliche Nutzflächen und Waldflächen - insgesamt sind. Diese Flächenermittlungen wurden mit den Bevölkerungszahlen in Beziehung gesetzt um einmal festzustellen, inwieweit Ostwestfalen geeignet erscheint, einer größeren Zahl von Menschen als Erholungsraum zu dienen.

4. Übersicht. Es entfallen Einwohner auf

Raum	: 100 ha Ges.Fläche	: 100 ha ldw.Nfl.	: 100 ha org.bel.Fl.
Düsseldorf	: 1003	: 1.800	: 1.540
Köln	: 562	: 1.160	: 770
Aachen	: 313	: 600	: 410
Münster	: 318	: 485	: 390
Detmold	: 255	: 414	: 300
Arnsberg	: 478	: 1.218	: 600
Ostwestfalen:	219	423	260

Bielefeld, Herf.	888	1.520	1.380
Detm., Lemgo	: 239	: 438	: 295
Halle, Minden			
Lübb. Wiedbr.:	244	365	310
Nordraum	: 330	: 580	: 466

Büren	: 77	: 127	: 87
Höxter	: 134	: 238	: 159
Paderborn	: 223	: 388	: 264
Warburg	: 86	: 130	: 92
Zentralraum	: 124	: 208	: 142

Arnsberg	: 198	: 641	: 208
Brilon	: 96	: 257	: 109
Meschede	: 101	: 263	: 109
Olpe	: 161	: 540	: 178
Siegen	: 279	: 1.682	: 370
Wittgenst.	: 90	: 320	: 99
Südraum	: 153	: 466	: 200

Lippstadt	: 195	: 282	: 232
Soest	: 201	: 290	: 242
Beckum	: 234	: 315	: 260
Westraum	: 212	: 298	: 250

1. Lassen wir die Stadt- und Landkreise Bielefeld und Herford, die nach ihrer Bevölkerungsdichte, Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur sowie nach der Verhaltensweise der Bevölkerung aus dem sonst relativ homogenen Ostwestfalenraum herausfallen und damit fast fremdkörperhaft wirken, aus der sich anbietenden Schlußfolgerung heraus, so ergibt sich:

In agrarischer Beziehung ist der Nordraum mit seinen ländlichen Kreisen in soweit ausgeglichen, als seine Agrarproduktion für die Deckung des gebietseigenen Nahrungsgüterbedarfs in etwa ausreicht. Vom gesamten restlichen Ostwestfalen ist das Kerngebiet mit Zentralraum um Paderborn ferner Brilon, Meschede und Westraum ein echtes Nahrungsmittelüberschußgebiet. Nahrungsmittelüberschuß und überdurchschnittlicher Anteil von familiärgebundenen Erwerbspersonen an der Erwerbspersonengesamtzahl deutet auf eine räumliche Spezialform hin.

Damit steht fest: Fast 335.000 ha landw. Nutzfläche, die dieses Kerngebiet umfaßt, das damit 52 % der landw. Nutzfläche von Ostwestfalen einnimmt, die als marktfernster Agrarraum des Landes zu bezeichnen sind, sind zugleich der geschlossene Landesteil mit einem Höchstanteil von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

2. Bei der Verteilung des organisch-belebten Raumes zeigt die Übersicht: Abgesehen von Bielefeld / Herford, wo wiederum der Fremdgebietscharakter deutlich wird, ist von Ostwestfalen der Paderborner Zentralraum nebst dem Südraum, wo wir 334.000 ha Wald = fast 50 % der gesamten Landeswaldfläche finden, dadurch eindeutig charakterisiert, daß hier durchschnittlich weniger als 2 Menschen je ha organisch-belebter Fläche wohnhaft sind, daß es sich also um ein ausgesprochenes Erholungsgebiet handelt.

Bevölkerungsökonomisch und raumpolitisch gesehen dürfte festzuhalten sein: In seiner Gesamtheit und im Vergleich mit dem Restteil von Nordrhein-Westfalen, also mit den restlichen 65 % des Landes, die insgesamt als I n d u s t r i e r a u m charakterisiert werden können, präsentiert sich Ostwestfalen als Erholungsraum. Hier nun wirkt der Kernraum mit dem riesigen geschlossenen Waldgebiet gewissermaßen als Lunge des Landes. Zusätzlich finden wir in diesem Gebiet in einer geschlossenen Lage die größte Konzentration selbständiger Unternehmer mit ihren Familienangehörigen. Fast 30 % der Erwerbspersonenzahl entfallen auf rd. 60.000 Selbständigen-Familien.

Damit umfaßt der ostwestfälische Kernraum um das Kulturzentrum Paderborn zugleich den Konzentrationsraum mittelständischer Unternehmerfamilien.

Und die Konsequenzen für die Landespolitik?

Es geht darum, den ostwestfälischen Kernraum für die Landesgesundheitspolitik nutzbar zu machen.

Dazu ist erforderlich ein medizinisches Forschungszentrum mit besonderer Betonung der physikalischen Medizin und Klärung der einschlägigen balneologischen Probleme.

Während das Land Hessen sich in Gießen eines derartigen medizinischen Forschungszentrums erfreut, fehlt in Nordrhein-Westfalen bislang eine derartige Einrichtung. Daß sie bei objektiver Problemschau nicht in Düsseldorf oder Bochum standortgerecht untergebracht werden kann sondern in das Zentrum Paderborn und damit für den Erholungsraum des Landes zentral gelegen eingerichtet werden sollte, bedarf keiner weiteren Beweisführung.

Ferner ist hier erwünscht ein klimatologisches Forschungszentrum mit der Spezialaufgabe, zwischen Hamburg, Hannover und Essen die besonderen Klimaverhältnisse und Klima- Raumbeziehungen im waldbesetzten Mittelgebirge hinsichtlich einer wirtschaftlichen Nutzbarmachung zu beobachten und aufzuhellen.

Schließlich ist ein ernährungsphysiologisches Forschungszentrum in diesem Raum unentbehrlich. Es geht darum, den gesundheitspolitisch so wichtigen Fragenkreis des Zusammenwirkens von Höhenlage, Klimabedingungen und Ernährungsweise zu ermitteln und seine Gesamtwirkung auf den Gesundheitszustand sowie die Verhaltensweise der Bevölkerung aufzuklären, um daraus grundlegende Erkenntnisse für den Einsatz Ostwestfalens als Erholungsgebiet zu Gunsten der "R e v i e r m ü d e n" am bestgeeigneten Standort zu gewinnen.

Indem so Möglichkeiten zu nutzen sind, um mit einer ökonomischen Leistungsstärkung der Menschen einem allzu frühzeitigen Verschleiß wertvoller Volkssubstanz und Arbeitskraft entgegenwirken zu können, darf das Problem der Gefahr des Geburtenschwundes, des Volksabsterbens nicht länger unbeachtet bleiben.

Wir verfügen in Nordrhein-Westfalen über eine Bevölkerung, die überdurchschnittlich technisch versiert ist, und gegenüber anderen Ländern besitzen wir eine Vielzahl von Bildungsstätten. Fassen wir diese beiden Faktoren zusammen, so verfügt das Land damit über einen wertvollen Faktor, um im Existenzkampf mit anderen Nationen, der auf der friedlichen Ebene des Wettstreits auszutragen ist, im vollen Umfange bestehen zu können.

Wirklichkeitsnah gesehen geht es für die Landespolitik darum, im Bereich der Familienpolitik eine gezielte Aktivität zu entwickeln. Dabei ist zu erwähnen, daß die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen und Zuschußaktionen nicht durchschlagend zu wirken vermögen. Soll von dieser Seite her eine größere Wirkung ausgelöst werden, so müßten Kindergeldzuschläge usw. bei Landes- und Kommunalbediensteten außer Ansatz bleiben bei der Berechnung der Lohnsteuer und in einer Höhe gewährt werden, die dem echten Aufwand wirklichkeitsnäher ist, als gegenwärtig. In dem Zusammenhang gilt es zu erkennen, welche Bevölkerungskreise und welche Motive sich herauskristallisieren, wenn untersucht wird, unter welchen Bedingungen überdurchschnittliche Kinderzahlen in den Ehen vorhanden sind.

Übersicht 5. Überdurchschnittliche Kinderzahlen je Ehe

bezogen auf den Bundesdurchschnitt einschl. Westberlin = 100 zeigen; Gemeinden bestimmter Größenklassen, bestimmte Berufsgruppen und Gehaltsstufen.

Gemeinden	Selbständige	Arbeiter	sonst. Arbeitnehmer
- 2000	Einw. = 125	insges. 113	insges. 100 : - 600 DM / Monat
2 - 10.000 "	= 109	Landw. 142	Landw. 127 : Beamte = 88
10 - 50.000 "	= 98	übrige 96	übrige 100 : Angest. = 79
50 - 200.000 "	= 92		Arbeiter = 97
üb. 200.000 "	= 81		
<u>und weiter sonstige Arbeitnehmer außerhalb d. Land- u. Forstwirtschaft</u>			
600 - 800 DM/Monat :	800 - 1200 DM/Monat	:	1200 und mehr DM/Monat
Beamte = 96 :	= 103	:	= 125
Angestellte = 84 :	= 89	:	= 112
Arbeiter = 104 :	= 108	:	entfällt

Diese Übersicht vermittelt A u f s c h l ü s s e :

Um so sicherer die Existenzgrundlage einer Familie ist, und um so ausreichender dabei das Einkommen seitens der Ehepartner auf Grund ihrer persönlichen Einstellung beurteilt wird, um so mehr zeigt sich die Tendenz zu wachsender Kinderzahl je Ehe.

Es ist also durchaus sinnvoll, von einer Bevölkerungsökonomik zu sprechen. Es ist außerdem sinnvoll, davon auszugehen, daß bei den bestehenden Verhältnissen und den Bewertungsmethoden der Existenzgrundlagen eine gesunde Bevölkerungsentwicklung zu erwarten ist. Soweit und solange die Ehepartner sich ihrer Verantwortung bewußt sind und in unserer ökonomisch ausgerichteten Welt dementsprechend handeln, wird im großen Durchschnitt Kinderreichtum vornehmlich in vorwärtsstrebenden und vorwärtskommenden Familien überwiegen. Daher besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit der Auffassung, daß eine allmähliche biologische Aufartung der Bevölkerung eintreten wird.

Landespolitisch ist es nunmehr bedeutsam, Klarheit über die Bedeutung der einzelnen Räume und der Raumstrukturen für die Geburtenleistungen zu gewinnen. Zweifellos wird Ostwestfalen nicht einheitlich zu behandeln sein. Sofern der Großstadtcharakter soweit hervortritt wie es im Bielefelder Gebiet augenscheinlich der Fall ist, und bestimmend auf die Bevölkerungsstruktur einwirkt, nimmt nämlich, wie es die Statistik des Landes zeigt, die Zahl der Einpersonenhaushalte einen erheblichen Anteil ein. Das Gebiet Bielefeld / Herford entspricht genau dem Landesmittel, daß dadurch ausgezeichnet ist, daß 19 % aller Privathaushalte nur 1 Person umfassen.

Familienpolitisch sind derartige Verhältnisse nur zu bedauern. Wichtig dagegen und für Landesmaßnahmen von Bedeutung sind größere oder kleinere Räume, in denen die Anzahl der Haushaltungen mit mehr als 5 Personen möglichst weit über den Landesdurchschnitt hinausgehen.

Um bei der Beurteilung der einzelnen Gebiete zu einem möglichst gesicherten Bild kommen zu können, werden verglichen die Werte der Geburtenüberschüsse auf je 1000 Einwohner. Gegenübergestellt werden jeweils die Prozentzahlen, welche den Anteil der Privathaushalte mit mehr als 5 Personen an der Gesamtzahl der Privathaushalte anführen. Außerdem vergleichen wir den Anteil, den die Selbständigen und mitarbeitenden Familienangehörigen an den Erwerbspersonen einnehmen.

Übersicht 6.

R a u m	: Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner	Privathaushalte m. mehr als 5 Pers. %	Selbst.u.Fam.Ange.in% d. Erwerbspersonen
Land	: 6,9 = 100	: 13 = 100	: 15,2 = 100
Düsseld.	: 5,5 = 80	: 10 = 77	: 12,2 = 80
Köln	: 6,5 = 95	: 11 = 85	: 15,2 = 100
Aachen	: 7,4 = 107	: 14 = 108	: 18,9 = 124
Münster	: 10,7 = 155	: 19 = 146	: 17,7 = 116
Detmold	: 7,3 = 106	: 16 = 123	: 23,2 = 152
Arnsberg	: 6,6 = 96	: 13 = 100	: 13,5 = 89
Ostwestfl.:	8,2 = 119	: 18 = 138	: 23,2 = 152

Std.Bielef.	1,4 = 20		
" Herfd.	4,4 = 64		
Bielefeld & Herf.Std.Ld.	4,1 = 59	: 11 = 85	: 14,7 = 96
Detm.Lemgo	: 6,1 = 88	: 12 = 92	: 26,1 = 170
Halle,Lübb. Minden,Wdb.:	8,5 = 123	: 19 = 146	: 26,0 = 170
Nordraum	: 5,8 = 83	: 14 = 108	: 21,4 = 141

Büren	: 11,8 = 171	: 33 = 254	: 41,2 = 271
Höxter	: 9,4 = 136	: 23 = 177	: 32,2 = 212
Paderborn	: 11,2 = 162	: 21 = 161	: 22,1 = 145
Warburg	: 7,6 = 109	: 29 = 223	: 47,0 = 309
Zentralraum:	10,6 = 154	: 25 = 192	: 32,0 = 213

Arnsberg	: 11,6 = 168	: 21 = 161	: 18,5 = 122
Brilon	: 9,7 = 140	: 25 = 192	: 36,4 = 240
Meschede	: 12,2 = 177	: 29 = 223	: 28,0 = 184
Olpe	: 14,3 = 207	: 27 = 208	: 22,9 = 151
Siegen	: 11,6 = 168	: 18 = 138	: 18,2 = 120
Wittgenst.	: 10,5 = 152	: 29 = 223	: 36,9 = 243
Südraum	: 11,4 = 165	: 23 = 177	: 24,0 = 158

Lippstadt	: 9,9 = 143	: 21 = 162	: 22,9 = 151
Soest	: 7,3 = 106	: 24 = 184	: 22,9 = 151
Beckum	: 12,3 = 178	: 21 = 162	: 20,8 = 137
Westraum	: 10,3 = 149	: 21 = 162	: 22,3 = 147

Nun zeigt sich eindeutig, was zu vermuten war:

Das Kerngebiet Ostwestfalens
mit dem Paderborner Zentralraum
und dem Arnsberg-Briloner Südraum
und dem Lippstadt-Beckumer Westraum

übertrifft im Geburtenüberschuß mit 158 % des Landesmittels sogar
noch das diesbezüglich schon auffallende Münsterland.

Beachtenswert ist darüberhinaus die weitgehende Parallelität zwischen den Relativwerten des Geburtenüberschusses und der Privathaushalte von mehr als 5 Personen sowie auch teilweise mit denen des Anteils der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an der Erwerbspersonenzahl.

Aus der Tatsache, daß in einzelnen Teilräumen der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen an der Erwerbspersonenzahl über das Landesmittel wesentlich stärker hinausgeht, als der Geburtenüberschuß des betreffenden Gebietes das Landesmittel übertrifft, spricht nicht gegen die vorstehende Erkenntnis, sondern besagt:

Wo immer relativ viel größere Privathaushalte vorhanden sind und ein weit überdurchschnittlicher Prozentsatz an selbständigen Unternehmerfamilien vorliegt, während der Geburtenüberschuß das Landesmittel nicht sehr erheblich übersteigt, besteht eine Situation, die von einer Vielzahl Familien als nicht krisensicher angesehen wird. Hier also ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für landespolitische Aktivität gegeben.

Zu diesen Feststellungen gehört eine Bezugnahme zur Bevölkerungsdichte und zum Bevölkerungsbesatz je 100 ha land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche, Wenn wir die Besatzfrage anhand der Übersicht 4) in Vergleich stellen mit den Geburtenüberschußwerten der Übersicht 6) so können wir unschwer erkennen:

Hoher und zunehmender Geburtenüberschuß sowie hoher und zunehmender Anteil von stark besetzten Privathaushaltungen gehen parallel mit geringer oder abnehmender Zahl von Bewohnern je 100 ha landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Nutzfläche.

d.h. Wir haben es im Kerngebiet Ostwestfalens mit einem Raum zu tun, in dem ein beachtlicher Bevölkerungsanteil noch bodenverbundener B
tätigung nachgeht.

Damit besteht für diesen Bevölkerungsanteil eine wesentliche Voraus-
setzung dafür, die Existenzgrundlage der Familie als gesichert anzusehen.
Wo die Familien sich ihrer Auffassung nach in einer existenzgesicherten
Position befinden, erkennen wir eine biologisch nur als gesund zu be-
zeichnende und der christlichen Grundhaltung entsprechende eheliche
Verhaltensweise.

Für die Landespolitik kommt es darauf an, aus diesen getroffenen Fest-
stellungen zu erkennen, in welcher Weise zu verfahren ist, um die sich
abzeichnenden raumbezogenen Möglichkeiten einer Sicherung lokaler
Bevölkerungsvermehrung auch für die Zukunft in vollem Umfange aufrecht
zu erhalten und nach Möglichkeit zu verstärken. Voran steht die Frage:

Wie ist raumpolitisch zu verfahren, um vor allem im Kerngebiet
Ostwestfalens den ökonomischen Arbeitseffekt zu verbessern, ohne den
bevölkerungsökonomischen Nutzeffekt zu verringern?

Angesichts des eingeleiteten Prozesses europäischer Wirtschaftsent-
wicklung, der sich für die Bundesrepublik im Rahmen der EWG-Entschei-
dungen vollzieht, entfallen Möglichkeiten durch Erhöhungen der Preise
für Erzeugnisse des Landbaues von den Verbrauchern materielle Opfer
zu Gunsten der ländlichen Gebiete und Bevölkerungen zu fordern.

Nach wie vor bleibt es ein dringendes Gebot der Wirtschaftspolitik,
in unserer Zeit sparsam vorzugehen, um Entwicklungskapitalien gewinnen
zu können, mit deren zweckmäßigen Einsatz für unsere Jugend eine wirt-
schaftlich und politisch gesichere Zukunft angestrebt werden muß.

Ist also das "Maßhalten" nirgendwo wichtiger als in der Preisgebarung
für alle Güter, so sind die traditionellen wirtschaftspolitischen Mittel
nicht mehr verfügbar, um in Ostwestfalen von der Agrarpreisseite her
Einkommensparitäten zu manipulieren.

Versagt damit vor dem Problem jede Theorie?

Kommt es darauf an, zu experimentieren, weil ein Konstruieren nicht
mehr möglich erscheint?

Angesichts der unleugbaren Schlüsselstellung, welche einer zukunfts-trächtigen, fruchtbaren Lösung des Ostwestfalenproblems zukommen dürfte, kann es nicht fehl am Platze sein, wenn in diesem Zusammenhang theo-retisch untersucht wird, was r a u m p o l i t i s c h zweckdienlich, was aber vor allem landes-bevölkerungsökonomisch aus der besonderen Position von Nordrhein-Westfalen letztlich vorrangig erforderlich zu sein scheint. Nachdem nicht mehr übersehen werden kann, daß es be-rechtigt ist, für Ostwestfalen eine raumspezifische Sonderbehandlung vorzusehen, weil es als Erholungsraum für das Land angesprochen werden kann, ist

ein Ansatzpunkt für die Raumpolitik

zu erkennen. Es ist evident, daß mit den Stegreifmitteln üblicher Wirtschaftsstrukturwandlung sogenannter Agrargebiete in Ostwestfalen offenbar k e i n e befriedigende Lösung angestrebt werden kann. Mit genereller industriewirtschaftlicher Durchdringung der G e s u n d u n g s r ä u m e kann ebensowenig eine gute Lösung er-wartet werden, wie von einer radikalen Verfolgung Mansholt'scher Entvölkerungsplanungen in unseren Agrargebieten.

Bevölkerungsökonomisch kann das Land nicht darauf verzichten, Ost-westfalen in eine zielbewußte Landesgesundheitsführung voll einzuplanen.

Bevölkerungsökonomisch ist es aber auch für das Land bedeutungsvoll, seinen geburtenleistungsfähigsten Raum so in seiner wirtschaftlichen Produktivität zu fördern, daß einer wachsenden Zahl von Familien eine zunehmende Sicherung der Existenz gewährt wird.

So zeichnet sich in der Landespolitik ein

G r u n d s a t z p r o b l e m

ab, das kaum anders bezeichnet werden kann, als

O s t w e s t f a l e n s L e i s t u n g s e n t f a l t u n g !

Dazu wird gehören:

Verbesserung des arbeitsökonomischen Nutzeffektes

Nutzbarmachung des Raumes für die Steigerung des bevölkerungsökono-mischen Landesnutzeffektes.

Hinzu treten die Fragen nach den Möglichkeiten durch konstruktive Maßnahmen ordnenden Handelns die sozialwirtschaftlichen Fragen der bestmöglichen Lösung entgegenzuführen.

Zur sozialökonomischen Grundsatzfrage

des Landesraum - Problems.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es auch bei der Behandlung und Bereinigung landespolitischer Raumprobleme darauf ankommt, mit minimalem Mitteleinsatz einen maximalen und nachhaltigen Nutzeffekt zu erzielen. D.h.: Streng genommen stehen wir vor der Aufgabe, die Frage zu beantworten, was in Ostwestfalen landespolitisch geschehn soll, also vor einer Aufgabe, die über die wissenschaftliche Zuständigkeit hinausgeht. Um den uns gemäß wissenschaftlicher Gepflogenheit abgesteckten Rahmen nicht zu überschreiten, zugleich aber pflichtgemäß der Erkenntnis und Übermittlung der Wahrheit und Wirklichkeit dienen zu können, sollen die Probleme mit ihren Lösungsmöglichkeiten verglichen und die Auswirkungen hinsichtlich ihrer vermutlichen Nutzeffekte abgewogen werden. Alsdann mögen die Landesgremien auf der politischen Ebene entscheiden!

Naturgemäß liegt es mehr als nahe, bei der Inangriffnahme sozialpolitisch-ökonomischer Fragen von der Entwicklung im Landesrahmen auszugehen und zu etwa vorliegenden interessenpolitisch zumeist mehr oder weniger gefärbten Gruppenforderungen Stellung zu nehmen. Hier ist dieser Weg vom Thema her nicht dankbar, weil er uns zu weit abseits führen und den Analysenrahmen sprengen könnte. Das mag bedauerlich sein, ist aber unsererseits nicht zu ändern. Bei dem erheblichen Umfang von Aufgaben im sozialen Bereich, vor denen Bund und Land stehen, verbleibt nur eine Möglichkeit der sach- und zielgebundenen Beschränkung auf den Raum mit einer speziellen Problematik, dessen spezifische Eigenheiten bereits aus den vorhergehenden Übersichten zu entnehmen waren, auf

Ostwestfalen!

Vom gesellschaftspolitischen Blickwinkel her und in Anbetracht der sozialpolitischen Gestaltungspläne des Landes ist vorab festzuhalten: Während 1963 in der Industrie der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten bei weniger als 2000 Jahresarbeitsstunden in Nordrhein-Westfalen rund 40.000,-- DM pro Jahr erreichte, blieben die Regierungsbezirke Aachen, Münster, Detmold und Arnsberg um 10 - 20 % hinter diesem durchschnittlichen Umsatzwert zurück, der von Köln und Düsseldorf dagegen erheblich überschritten wurde. Daraus ist zu entnehmen:

Der ostwestfälische Raum, der den Regierungsbezirk Detmold voll und Arnsberg mit seinem Ostteil umfaßt, ist nicht der sondern nur ein Raum im Lande, in welchem landespolitische Aktivität ein weites Betätigungsfeld zur Verbesserung der Sozialstruktur vor sich sieht.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Ballungsgebiete mit mehr als 2000 Einwohnern je km² aufzulockern und beabsichtigt zugleich, das sich abzeichnende Sozialgefälle zwischen vorwiegend gewerblich strukturierten Gebieten und Agrarräumen zu mildern.

Angesichts dieser Zielsetzung ergeben sich für eine objektiv-wissenschaftliche Stellungnahme zum Ostwestfalenproblem prinzipielle und spezielle Aufgaben. Es kommt für die wissenschaftliche Analyse darauf an zu erkennen, in wieweit die raumpolitischen Probleme Ostwestfalens im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung total oder lokal bereits lösbar erscheinen o d e r besonderer Maßnahmen bedürfen.

Vom wissenschaftlich-sozialökonomischen Blickwinkel her ist bei einer auf Raum-Ausgleich ausgerichteten Raumpolitik von vornherein das Problem des sozialen Gesamtnutzeffektes als übergeordnete Grundsatzfrage zu betrachten. Maßnahmen, die einem Gebiet Hilfsdienste leisten können, während ihre Durchführung im Landesmaßstab gesehen bei anderen Gebieten Schädigungen auslösen müßte, indem im Endeffekt bisher erreichte Spezialleistungen einzelner Teile, die hohe Allgemeinbedeutung haben, zum Erliegen kommen müßten, sind ebenso kritisch zu beleuchten, wie andererseits Erwägungen, dieschematische Lösungen anstreben, deren Auswirkungen wiederum problematisch erscheinen. Wir betrachten daher zunächst einige Grundsatzfragen:

Innerräumlicher Bevölkerungsausgleich:

Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme, die in einem Regierungsbezirk dann erhebliche Chancen bieten kann, wenn neben Ballungszentren weniger bevölkerte, also für Wohnbevölkerung aufnahmefähige Kreise zur Verfügung stehen. Für die Bezirke Köln, Aachen, Münster sind auf diesem Wege tragbare, arbeits-, bevölkerungs- und sozialökonomische Lösungen von Bedeutung zu erzielen.

Zwischenräumlicher Bevölkerungsausgleich:

Dieser Weg, einen Bevölkerungsausgleich zu schaffen, ist auch im Westteil des Landes praktikabel. Dabei geht es darum, zwischen benachbarten Regierungsbezirken überfüllte Gebiete und unterbevölkerte Landkreise miteinander in der Bevölkerungszahl abzustimmen. Möglichkeiten dieser Art zeigt ein Blick auf eine Karte der Bevölkerungsdichte zwischen den Bezirken Düsseldorf und Münster, Düsseldorf und Aachen, Arnsberg und Münster.

Für Ostwestfalen läßt sich weder aus innerräumlichen noch zwischenräumlichen Bevölkerungsausgleichen ein echter Nutzeffekt gewinnen. Innerräumlich käme nur eine "Behandlung" des Raumes Bielefeld in Frage, wo ein Ballungszentrum besteht. Wohnungspolitisch aber lösen sich Bielefelds Probleme in sofern von selbst, als die Wohnsiedlungen der ländlichen Nachbarschaft, wohin bereits Bielefelder Bürger ausgewichen sind, allmählich mit dem Stadtgebiet verwachsen. Hier läuft ein Prozeß ab, der nur gefördert, aber nicht aufgehalten werden kann, weil es sich um eine typische Begleiterscheinung einer wachsenden Großstadt handelt. Zwischenräumlicher Bevölkerungsausgleich etwa zwischen dem Ruhrgebiet und Ostwestfalen würde Industrieverlagerungen voraussetzen, weil die Entfernungen im Pendelverkehr nicht zu überbrücken sind. Industrieverlagerungen aus solchen Erwägungen aber sind wegen der dabei zu bereinigenden Standortprobleme problematisch. Dazu ist hier nur zu erwähnen, daß Zulieferer-Fragen auftauchen, Transportkostenprobleme entstehen, Energieversorgungsfragen und wasserwirtschaftliche Aufgaben. Wie also das sozialökonomische Problem anzufassen ist, das ist eine Frage, die wegen ihrer allgemeinen Bedeutung einer weitergehenden raumanalytischen Betrachtung bedarf.

Ostwestfalens geographische Lage:

Im Landesosten von Niedersachsen und nach Süden hin von Hessen begrenzt wird der Raumcharakter wesentlich von Mittelgebirgszügen und ihren Waldungen beeinflusst. Wiehen-Gebirge, Weserbergland, Teutoburger Wald, Eggegebirge und Rothaargebirge prägen den Raum, der im Westteil mit Soest, Lippstadt und Beckum auch agrarische Intensivgebiete umfaßt. Von diesen westlichen Kreisen aus bildet Wiedenbrück den Anschluß zum Nordraum.

Rund 400.000 ha Waldfläche = mehr als 50 % der Waldfläche des Landes liegen hier in Ostwestfalen. Im Osten des Raumes und von hier zum Süden hin finden wir ein in sich weitgehend geschlossenes Waldgebiet mit stark klimagestaltender Wirkung und Kraft. Besondere Waldbedeutung kommt dem Ostrand, dem Zentral- und dem Südraum Westfalens zu. Während im Zentralraum 50 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche vom Wald eingenommen werden, sind es im Südraum 200 %, so daß hier auf 1 ha landwirtschaftliche Nutzfläche immerhin 2 ha Waldfläche entfallen.

Natürliche Kräfte Ostwestfalens:

Das von den bewaldeten Flächen der unterschiedlichen Höhenlagen im östlichen, zentralen und südlichen Teil sehr stark bestimmte Klima, welches bisher die Sorgen der Bauern mehr vermehrt als es "Revierkranken" mangels ausreichenden Besuchs Heilung zu bringen vermag, ist eine der unschätzbaren Kräfte dieses Raumes. Dabei finden sich Klimadifferenzierungen von erstaunlichem Umfange. Bedauerlicherweise ist hiervon deswegen allgemein nichts bekannt, weil sich im gesamten Gebiet n i c h t eine große Wetterwarte befindet.

Wer weiß z.B., daß im Sauerland, das immer recht schnell als Notstandsgebiet bezeichnet und behandelt wird, wenn einmal eine überdurchschnittliche Regenfülle verzeichnet worden ist, in seinen agrarisch genutzten Tälern mildere Temperaturen und früheren Vegetationsbeginn aufweist, als sie in den höheren Lagen des Ostteiles im Birener Kreise auftreten?

Geht man den Klimafragen nach, so finden wir Bezirke mit ausgesprochen milden Verhältnissen ebenso wie solche mit ausgesprochen kühlen, aber ausgewogenen Lagen auch andere, die über ein Reizklima besonderer Art verfügen. Insgesamt ist eine Fülle von Klimalagen zu verzeichnen, deren volle Nutzbarmachung für die Gesundheitsförderung der Bevölkerung sich als sehr lohnende Aufgabe abzeichnet.

An 60 verschiedenen Stellen sind bereits Heilquellen bekannt, wenn wir die Quellen des Sauerlandes noch nicht in diese Rechnung einbeziehen. Hinzu treten die Heilmoorflächen, die kaum namentlich bekannt sind, geschweige denn genutzt werden.

Industriewirtschaftlich bedeutsam sind ferner die Vorkommen an Baugrundstoffen vom Senne sand über Zementmaterial bis zum festen Natursiein für Straßenbauten.

Die arbeitsökonomische Lage:

Die hier auftretenden Unterschiede können den Leser nicht mehr überraschen, der die zuvor von uns aufgeführten Übersichten zur Kenntnis genommen hat. Im einzelnen bleibt zu beachten:

Der Raum von Bielefeld beschäftigt zwar in der gewerblichen Wirtschaft 8 % mehr Erwerbspersonen als im Landesmittel gewerblich tätig sind und übertrifft auch diesbezüglich den Industrieraum Düsseldorf. Was aber bedeutet das, wenn das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson in Bielefeld nur 98 % des Landesmittels oder nur 89 % des Düsseldorfer

Bezirksmittels erreicht?

Im Zentralraum und in den strukturell ähnlich gelagerten Kreisen des Südraumes läßt unsere Übersicht ein Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson erkennen, das auf 67 % des Landesmittels abfällt. Hier ist zweifellos Anlaß genug vorhanden, um eine konstruktive Bereinigung der sozialökonomischen Verhältnisse einzuleiten. Der Westraum dagegen ist sozialökonomisch besser gestellt als der Nordraum einschließlich seines gewerblichen Zentrums Bielefeld.

Das bevölkerungsökonomische Bild Ostwestfalens:

In dieser Frage beherrscht der durchschnittliche Geburtenüberschuß im Zentral-, Süd- und Westraum Ostwestfalens, der 158 % des Landesmittels erreicht, womit der Nordraum um fast 100 % übertroffen wird, die Lage. Der Großstadtbezirk Bielefeld demonstriert eindeutig, welche bevölkerungspolitischen Gefahren heraufbeschworen werden müssen, wenn der Anteil großstädtischer Bevölkerung im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung eines Landes zu groß wird und von dieser Seite her ein allmähliches aber sicheres Absterben des Volkes sich vollzieht.

Zur sozialökonomischen Lage:

Hier ist zunächst festzuhalten, daß dieser Fragenkreis nur unter Beachtung der differenzierten Erwerbs- und Produktivitätsverhältnisse in den Teilräumen behandelt werden kann. Es erübrigt sich, bei der Betrachtung des Nordraumes, der im produzierenden Gewerbe ebenso viel Menschen beschäftigt wie im Landesdurchschnitt in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind, aber nur ein Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt je Erwerbsperson erzielt, das 86 % des Landesdurchschnitts ausmacht, Erwägungen anzustellen, von welcher Seite her die sozialökonomische Frage anzupacken ist. Grundsätzlich wird auch eine konstruktive Behandlung der agrarsozialen Frage des Nordraumes erforderlich werden. Angesichts der Tatsache aber, daß in diesem Gebiet Ostwestfalens die wohnsiedlungsmäßige Durchdringung der ursprünglich reinen Agrargebiete seit 1945 entscheidende Fortschritte gemacht hat, ist festzuhalten, daß hier ein Prozeß angelaufen ist, der zwar noch zielbewußt gesteuert aber in seiner Grundtendenz nicht mehr umgekehrt werden kann.

Wenn man die Betriebsgrößen--Struktur dieses Nordraumes von Ostwestfalen im agraren Bereich untersucht, zeigt sich, daß in den kleineren Gebieten, in denen landschaftliche Besonderheiten wirksam werden und interessante Klimaverhältnisse vorliegen, auch sehr wohl daran denken kann, Landesmittel sinnvoll für die beste raumpolitische Lösung einzusetzen. Zwar ist hier im Nordraum keine so allgemeine und allgemein zutreffende Behandlung des Gebietes als Erholungsraum möglich, weil der industrielle Charakter immer wieder in Erscheinung tritt, aber dieses Phänomen darf nicht davon abhalten, auch hier jene Lösung anzustreben, die z.B. für Wiedenbrück mit seiner hohen Geburtenüberschußleistung eine besondere Regelung vorsieht mit deren Hilfe eine Besitzfestigung der bodenverbundenen Familien zu gewährleisten ist.

Im Restraum Ostwestfalens haben wir insofern ein besonders schwerwiegendes Sozialproblem zu behandeln, als es darauf ankommt, gesündere Sozialverhältnisse durch beachtliche Steigerung der Einkommen landwirtschaftlicher Erwerbspersonen nachhaltig zu schaffen, ohne dabei Strukturwandlungen einzuleiten, die negative Wirkungen auf den noch eingehaltenen Stand des Geburtenüberschusses ausüben könnten. Eine Patentlösung von der Art, daß gewerbliche Betriebe angesiedelt werden und unterstellt wird, daß aus den Dörfern schon landwirtschaftliche Arbeitskräfte in hinreichender Zahl zur Deckung des Bedarfs der neuen Unternehmen gewonnen werden könnten, scheidet für den hier zu behandelnden ostwestfälischen Teil aus. Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, daß ein hoher Anteil der gewerblich tätigen Menschen aus landwirtschaftlichen Betrieben kommt. Das trifft sowohl für die männliche als auch für die weibliche erwerbstätige Bevölkerung zu. So haben wir hier eine gemischt landwirtschaftlich-gewerbliche Einkommensbildung in der überwiegenden Mehrzahl aller bäuerlichen Betriebe bis zu einer Größe von 20 ha Nutzfläche. Insofern es sich um Dorflagen handelt, wie sie in den klimatisch schwierigen Teilen des Kreises Büren und der sauerländischen Kreise befinden, ist es nicht selten, daß selbst die Bauern, also die Unternehmer im eigentlichen Sinne, gewerblicher Betätigung nachgehen, während die Hofarbeit von Familienangehörigen mehr recht als schlecht besorgt wird. Diese durchaus charakteristische Lage erklärt sich aus der Tatsache, daß in diesen Gegenden, die landschaftlich außerordentlich reizvoll sind, die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse außerordentlich schwierig und risikoreich in Erscheinung treten.

Gegenüber dieser rauhen Wirklichkeit eines um die Erhaltung des Hofes als Existenzbasis für die Familie ringenden Bauerntums wirkt es geradezu *a b s t o ß e n d*, wenn im Rundfunk und in der Presse und dann noch ausgerechnet gelegentlich von Weihnachtsansprachen betont wird, wie entscheidend in unserer Zeit die Wirtschaftlichkeit im Landbau von der Tüchtigkeit der Landwirte abhängig ist. Bleiben wir bei unserer Betrachtung, so, wie es sich für eine objektive Darstellung empfiehlt, auf dem Boden der Wirklichkeit, dann haben wir festzustellen, daß in dem hier besonders zu untersuchenden Restraum Ostwestfalens immerhin so um 50.000 landwirtschaftliche Betriebe vorhanden sind, deren Familien sich in ihrer Existenz nicht mehr sicher sondern bedroht fühlen. Bevor zur Frage, ob und wie weit eine existenzbedrohende Lage der bäuerlichen Höfe Ostwestfalens gegeben ist, Stellung nehmen, kann es in diesem Zusammenhang nicht unrichtig sein, den möglichen Ursachen bäuerlicher Existenzbedrohung nachzugehen.

Noch 1933 wurde die These proklamiert, daß ein Hof von mindestens 7,5 ha Größe unter mittleren Umweltverhältnissen ausreichend sei, um einer Familie als sichere Existenzgrundlage zu dienen. Von dieser Größe an aufwärts wurden die landwirtschaftlichen Betriebe bei entsprechend geordneten Eigentumsverhältnissen als Erbhöfe registriert und einem erheblichen Rechtsschutz unterworfen.

1965 wird generell das Strukturverbesserungsprogramm der Landwirtschaft bejaht, das letztenendes darauf hinausläuft, aus der Vielzahl kleinster, kleiner und mittlerer bäuerlicher Höfe durch Zusammenlegung der Nutzflächen eine kleine Zahl größerer Betriebe zu schaffen.

Die Ursache dieses agrarpolitischen Meinungsumschwungs, der erst in den 50iger Jahren, also vor etwa 10 - 12 Jahren, in der Bundesrepublik hörbar wurde, ist in ökonomisch-technischen Feststellungen zu sehen.

Bereits 1939 war es dem Verfasser dieser Analyse auf Grund eingehender betriebswirtschafts-wissenschaftlicher Darlegungen gelungen, die durchschnittliche Größe neu auszulogender Bauernhöfe in einem Umfang abzumessen, der wesentlich über die betont kleinräumigen Stellengrößen hinausging, welcher zwischen 1919 und 1932 üblicherweise bevorzugt worden waren. Gegen die vom Verfasser vertretene wissenschaftliche Beweisführung versuchten der SS-angehörige Kräfte in polemischer Weise zu argumentieren. U.a. war es *P r i e b e*, der noch mitten im 2. Weltkrieg versuchte, nachzuweisen, daß in bäuerlichen Betrieben das Familieneinkommen mit abnehmender Betriebsgröße absolut größer wird.

Angesichts der Bodenreformbestrebungen in den ersten Jahren nach 1945 und der Gefahren, die der Verfasser auf Grund seiner ökonomischen Erfahrung herankommen sah, stellte er bereits 1947 als Leitziel für bäuerliche Betriebsgrößen einen R a h m e n auf, aus dem hervorging, daß bei sehr guten Bodenverhältnissen mit einer Bodenwertzahl von 80 die Mindestgröße neu zu begründender Betriebe 20 ha, bei abnehmender Bodenwertzahl - 70: 23 ha, 60: 27 ha, 50: 32 ha, 40: 40 ha, 30: 53 ha, und 20: 80 ha - sein sollte. 5)

Bekanntlich sind diese Empfehlungen des Verfassers, deren Richtigkeit inzwischen einwandfrei erwiesen ist, nicht befolgt worden. Erst nachdem nicht mehr übersehen werden konnte, daß auch im Landbau dem allgemeinen weitgehend technisch bedingten Wandlungsprozeß in der Volkswirtschaft gemäß die unabdingbaren Konsequenzen gezogen werden mußten, und seitdem insbesondere der derzeitige Chef für die Behandlung der Agrarfragen in der EWG, Sicco M a n s h o l t, eifrig für eine Reform der bäuerlichen Betriebsgrößenauffassung eingetreten ist, wird auch in der Bundesrepublik an der Durchführung eines Agrarstrukturprogrammes gearbeitet.

Soweit bekannt geworden ist, sind die Landwirtschaftsminister von Bayern und Nordrhein-Westfalen der Auffassung, daß kein Bauer seinen Hof aufzugeben veranlaßt werden sollte, der Bauer bleiben wolle.

Wir stehen also in einer agrarpolitischen Auseinandersetzung, wie sie mitten in einer chronischen Agrarkrise, die in allen Industriestaaten der Welt zu verzeichnen ist, nicht verwunderlich sein kann. Die Ursachen der Agrarkrise gilt es zu erkennen, wenn es darauf ankommt, in Ostwestfalen Entscheidendes zur Behebung der agrarisch-sozialen Probleme zu tun. Dabei ist es von Bedeutung, daß die bundesdeutsche Agrarkrise in dem Rahmen, wie sie seit 1951 zunehmend schärfer in Erscheinung getreten ist, auf zwei Ursachen zurückgeführt werden muß.

Einmal verzeichnen wir seit 1951 ein obrigkeitliches Festhalten an den damals ausgehandelten Getreidepreisen, während in den zwischenzeitlich abgelaufenen 14 Jahren die Preise für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel eine unverkennbare Aufwärtsentwicklung genommen haben. An dieser Tatsache kann und darf nicht deswegen vorbeigesehen werden, weil die Bundesregierung aus allgemeinen volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Erwägungen zu ihrer Agrarpreispolitik veranlaßt worden ist. Es ist im Interesse einer objektiven Meinungsbildung erforderlich, an dieser Stelle zu betonen, daß die vollzogene Berücksichtigung der weltmarktwirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge nicht zu umgehen war. Es ist aber auch zu betonen, daß die Weltmarktpreise für Agrarprodukte im wahren Sinne des Wortes k e i n e kostendeckenden sondern manipulierte Preise sind. Es bedarf keiner Phantasie sondern nur nüchterner Überlegung, um zu erfassen, daß diese bestehende Preislage für Agrarprodukte am Weltmarkt nur noch so lange aufrecht erhalten bleiben kann, als das Gegeneinander der politischen Machtblöcke

5) Hamann, H. Das Agrarproblem im westlichen Deutschland 1947

fortgesetzt wird. Solange dieses Ringen der Weltmächte um die Beherrschung der wichtigsten Räume der Welt fortgesetzt und ohne Rücksicht auf die wachsende Zahl hungernder Menschen fortgefahren wird, Vernichtungswaffen zu erzeugen, anstatt daß alle verfügbaren Kräfte auf die Lösung des Weltbedarfsproblems zielbewußt abgestellt werden, ist eine kostendeckende Preislage für Agrarerzeugnisse am Weltmarkt nicht zu erwarten. Von vielen weiteren Faktoren abgesehen, die an sich diesen Zusammenhang betreffen, müssen wir uns in der Bundesrepublik eindeutig darüber klar werden, daß bei einer Normalisierung der Weltwirtschaftsverhältnisse auch eine Wandlung im Verhalten der überseeischen Agrarstaaten zu erwarten ist, die noch immer darauf angewiesen sind, durch Pflege ihrer Monokulturen krampfhaft Devisen der Industriestaaten zu beschaffen, um wichtigsten Eigenbedarf der Länder befriedigen zu können.

Sobald nämlich z.B. die afrikanischen Staaten, die mit der Produktion von Ölfrüchten und deren Abgabe an unsere Ölmühlenindustrie, die weitgehendst konzerngebunden tätig ist, einerseits Rohstoffe für die Margarine liefern und andererseits im Abfallprodukt der Ölfrüchte hochwertige eiweißhaltige Futtermittel für die deutsche Milchviehhaltung zur Verfügung stellen in eine Normalwirtschaftslage kommen, in der sie kostendeckende Preise fordern und darauf achten können, daß sie nicht ungestraft die Fruchtbarkeit ihrer Böden ausnutzen dürfen, müssen wir in der Bundesrepublik damit rechnen, daß die gesamte ernährungswirtschaftliche Kalkulation von heute hinfällig wird. Die Dynamik, welche überall im Wirtschaftsprozeß festzustellen ist, wird dafür sorgen, daß auch in den Industriestaaten die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Um die Aufzeigung der Krisenursachen im Landbau wissenschaftlich einwandfrei durchführen zu können, bedienen wir uns der sozialökonomischen Grundgleichung.

In dieser Gleichung verwenden wir, um unabhängig von Kaufkraftschwankungen der Währung einschlägige Vergleiche durchführen zu können, nur Naturalwerte. Wir bedienen uns als Einheit des für derartige Berechnungen seit gut 20 Jahren gebräuchlichen Einheitsmaßes. Wir drücken also E , das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, und y , die Anzahl der je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche insgesamt jährlich produzierten Doppelzentner Getreideeinheiten, gemeinsam in $Dz. GE$ - Getreideeinheiten aus. Bezeichnen wir sodann mit x den prozentualen Anteil, den der Sachaufwand in der Landwirtschaft einschließlich der Abschreibungen von der Gesamtproduktion einnimmt, und mit z die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf jeweils 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche das durchschnittliche Volkseinkommen je

Kopf der Bevölkerung erzielen kann, so besteht folgende einfache Gleichung, deren wesentlichen Bestandteil wir bereits 1955 veröffentlicht haben ⁶⁾.

$$y \cdot (100 - x) = z \cdot E$$

Ohne weiteres läßt sich diese Gleichung umformen und nach z hin auflösen, so daß folgende Form entsteht:

$$z = \frac{y}{E} \cdot (100 - x)$$

Aus dieser Gleichung ist ersichtlich:

z, die Zahl der auf 100 ha l.Nfl. mit \emptyset Volkseinkommen existenzfähigen landwirtschaftlichen Bevölkerungsmglieder hängt also unmittelbar vom Sachaufwand (x) und dem Quotienten $\frac{y}{E}$ ab.

Aus der Tatsache, daß im Zuge der modernen Entwicklung industriestaatlicher Volkswirtschaft die landwirtschaftliche Mechanisierung unaufhaltbar geworden ist und weiterhin wachsende Tendenz zeigt, folgt daß z, also die landwirtschaftliche Bevölkerungszahl, im gleichen Verhältnis abnehmen muß wie der Sachaufwandsanteil an der Gesamtproduktion wächst.

Nur in dem Falle, daß der Quotient $\frac{y}{E}$, d.h. das Verhältnis von Produktionsleistung je ha Nutzfläche zu durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, größer als 1 ist oder wird, vermag von Seiten dieses Quotienten der von einem x-Wachstum ausgehenden verkleinernden Wirkung auf z ein gewisser Einfluß ausgeschaltet werden. Da aber seit 1820, seit dem Beginn unserer Untersuchungen dieser Frage, zwar y und E laufend gewachsen, E aber im Wachstum durchschnittlich schneller vorangekommen ist als es möglich war, die agrare Produktionsleistung zu heben, ist seit dem genannten Termin dieser wichtige Quotient immer kleiner als 1 gewesen. Im Bundesdurchschnitt repräsentiert der Quotient z.Zt. einen realen Wert von 1 : 2,5.

Bei realistischer Berechnung von x, bei der wir die Buchführungsergebnisse zu Grunde legen, welche im grünen Bericht veröffentlicht worden sind, läßt sich z unter Heranziehung der Zahlenwerte für x, y und E nach dem Stande von 1962 - 1963 wie folgt ermitteln:

$$z = \frac{1}{2,5} \cdot (100 - 60) = \frac{40}{2,5} = 16$$

Im Bundesgebiet konnten also demnach je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Jahre 1963 16 landwirtschaftliche Berufszugehörige (Erwerbspersonen + Familienangehörige) ein durchschnittliches Volkseinkommen erzielen. Bedenken wir in dem Zusammenhang, daß nach den statistischen Unterlagen 1963 mindestens 32 landwirtschaftliche Berufszugehörige je 100 ha Nutzfläche im Bundesgebiet vorhanden waren, so erkennen wir die gewaltige Diskrepanz zwischen Volkseinkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Wunschbild, das einer paritätischen Einkommensverteilung entsprechen könnte.

Für Ostwestfalen kann obige Berechnung für z nur als Leitbild dienen. Die Abweichungen von den durchschnittlichen Ertragsverhältnissen des Bundesgebietes bedingen es, daß vor allem im Zentral- und Südraum, also dort, wo wir die höchsten Geburtenüberschüsse gefunden haben, mit Sicherheit nicht 16 sondern im Höchsthalle 10 landwirtschaftliche Berufszugehörige auf 100 ha Nutzfläche das durchschnittliche Volkseinkommen im Untersuchungszeitraum erzielt haben.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß ganz erhebliche wirtschaftspolitische und wirtschaftsstrukturverbessernde Landesmaßnahmen unentbehrlich sind, wenn die ostwestfälische Landbevölkerung in eine sozialpolitisch befriedigende Existenzlage ohne Untergrabung ihrer bestehenden Bodenverbindung gebracht werden soll.

Ein weiteres Aufschieben in der Bereinigung dieses agrarsozialen Raumproblems verbietet sich angesichts der nach wie vor bestehenden Tendenzen, die auch in der "Sozialen Marktwirtschaft" keine Abschwächung erfahren können, weil sie grundsätzlich dazu beitragen, daß die breite Masse der Bevölkerung sich im Gebrauch ihres wachsenden Einkommens völlig frei zu verhalten vermag. Vergewegenwärtigen wir uns nämlich, daß z.Zt. vom durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf und Zahl im Bundesdurchschnitt 24 % für die Beschaffung von Nahrungsmitteln aufgewendet werden, daß durchaus keine Neigung besteht, einen höheren Einkommensanteil für Ernährungskosten aufzuwenden, so vermag im agraren Bereich eine Abschwächung der erkannten Krisensituation nur durch eine Steigerung der Produktionsleistung je ha (y) oder eine Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeugerhof und Verbraucher- küche angesteuert zu werden.



Was die ha-Produktionsleistung angeht, so ist der erreichte Stand nachhaltig und ohne Vergrößerung der Gefahr wachsender Ertragschwankungen so lange kaum noch wesentlich im Bundesdurchschnitt anzuheben, als nicht eine Vermehrung des je ha Nutzfläche vorhandenen Besatzes an Großvieheinheiten, die zukünftige Bodenversorgung mit Humustrockenmasse verstärkt. Ohne Steigerung der Humusversorgung ist auf die Dauer eine wirtschaftliche Erhöhung der Bodenleistungen je ha Nutzfläche nach den eindeutigen Untersuchungsergebnissen 7) nicht zu erwarten. Um in der Viehbesatzfrage weiter zu kommen, was an und für sich durchaus mit den Bestrebungen zur Vergrößerung der Veredelungswirtschaft parallel geht, bedarf es der Deckung eines nicht unbeträchtlichen Kapitalbedarfs. Denn es kommt ja nicht nur darauf an, die Zahl der Großvieheinheiten zu vermehren, sondern es ist auch ebenso wichtig, die Unterbringungsmöglichkeiten und Betreuungsarbeiten für einen zu vergrößernden Viehbestand so arbeitswirtschaftlich rationell einzurichten, daß vermehrte Leistung ohne Vermehrung der Arbeitskräftezahl erreicht werden kann, weil sonst kein Nutzeffekt möglich erscheint.

Zur Frage der Preisspanne können wir auch auf unsere diesbezüglichen Voruntersuchungen hinweisen. Die theoretische Grundlage für die Ermittlung der Preisspanne und ihre laufende Beobachtung haben wir 1955 veröffentlicht. Indem wir uns auf die vorgelegte Ableitung der einschlägigen mathematischen Formeln beziehen, und bei den reellen Werten ausgehen von den dazu veröffentlichten Zahlen im grünen Bericht, ist zu konstatieren:

Gegenwärtig können die städtischen Verbraucher im Durchschnitt des Bundesgebietes die Nahrungsgrundstoffe, für die die Landwirte ab Hof 100 DM erzielen, in der Stadt für ca. 185 DM erstehen.

Gegenüber dieser derzeitigen Preisspanne von 85 % bezogen auf die bäuerlichen Erzeugerpreise, die für das Bundesgebiet festgestellt worden ist, müssen wir in Ostwestfalen mit einer wesentlich höheren Preisspanne rechnen, die bei ca. 100 bis 115 % liegen dürfte, weil bei den bestehenden "marktfern" zu kennzeichnenden Marktverhältnissen und nun einmal nicht wegzudiskutierenden Dorflagen in weiter Streuung innerhalb eines landschaftlich schönen aber verkehrsmäßig relativ wenig erschlossenen Raumes die Erzeuger von Agrarprodukten, vor allem von Fleisch, bisher allzu wenig von der Einkommensprogression der Bevölkerung verspüren konnten.

Diese Situation im marktfernsten Winkel von Nordrhein-Westfalen, die insgesamt fast 88.000 landwirtschaftliche Stellen, Höfchen, Höfe und Unternehmen betrifft, erklärt sich aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht eine "Soziale Marktwirtschaft" an sich praktiziert, sondern eine weitgehend weltmarktoffene "Soziale Marktwirtschaft".

7) Vergl. Hamann, H.: Biologie und Bodenpolitik in Gemeinschaft und Politik 1954 (Bad Godesberg)

Was dieser Systemunterschied zu bedeuten hat, geht aus der Feststellung hervor, daß die sogenannten Marktgesetze, wie sie in der theoretischen Lehre für die geschlossenen Volkswirtschaften aufgestellt worden sind für die bundesdeutsche Landwirtschaft nicht wirksam geworden sind. Mit dieser Feststellung, die wir bewußt hier einfügen, wird endlich einmal festgehalten, wie weit allzu oft Theorie und Praxis auch im Schrifttum divergieren.

Es kann nicht erwartet werden, daß an den bestehenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Marktverhältnissen auf höchster Ebene eine Wandlung erreicht wird. Was aber mit Fug und Absicht hier festgehalten werden soll und berechtigt festgehalten werden muß, wenn diese Analyse eine objektive Darstellung geben soll, das ist der W e g, der trotz aller gegenteiligen Auffassungen sich abzeichnet und beschritten werden kann, ja unvermeidlich ist, wenn eine organische Bereinigung der Ostwestfalenprobleme wirklich gewollt wird.

Gehen wir nämlich der Frage der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen auf den Grund, so zeigt sich, daß weibliche Kräfte in stärkstem Maße überwiegen, ein sehr hoher Anteil von Arbeit im Hof auf den Schultern der Frauen und Kinder ruht. Die Frage der

Erwerbstätigkeit der Frau

darf in diesem Zusammenhang nicht unerörtert geschweige denn unerwähnt bleiben. Zweifellos gibt es einflußreiche Kreise, die der Auffassung zuneigen, daß frauliche Erwerbstätigkeit außerhalb des engeren Familienbereichs aus einer Vielzahl von Gründen zu beanstanden und tunlichst aus der Welt zu schaffen sei. Niemand, der diesen Dingen einmal mit sachlicher Überlegung und eingehender Überprüfung aller einschlägigen auch biologischen Fragen nachgegangen ist, kann die grundsätzliche Richtigkeit jener Thesen bestreiten, die einer fraulichen Betätigung außerhalb der Familie entgegenstehen. Gleichwohl ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß bei dem bestehenden Frauenüberschuß, der bekannten Arbeitskräftelage und den Wandlungsprozessen in der Volkswirtschaft, welche auf eine zunehmende Beschäftigung von Frauen abzielen, es nicht mehr möglich ist, generell eine Berufstätigkeit weiblicher Personen aus familienpolitischen Gründen abzulehnen. Überblicken wir, um auch in dieser Frage zu grundsätzlicher Klarheit zu kommen, wie es zur fraulichen Erwerbstätigkeit gekommen ist, so bietet sich ein

recht anschauliches Bild.

Um die E n t s t e h u n g der beruflichen Frauenarbeit verfolgen zu können, empfiehlt es sich, etwa 150 Jahre zurückzublicken.

In jener Zeit, als 80 und mehr % der Gesamtbevölkerung nicht nur auf dem Lande lebten sondern von der Landwirtschaft, bestand in den Familien der Bevölkerungsmasse, d.h. der Bauern schlechthin, bereits eine sehr weitgehende A r b e i t s t e i l u n g. Diese innerfamiliäre Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau war die Voraussetzung für die damalige gesamte Gesellschafts- und Staatsordnung. Die ländliche weitgehend uniforme Bevölkerungsmasse war darauf angewiesen, aus dem Ertrag des Bodens nahezu den gesamten lebenswichtigen Bedarf der Familien zu bestreiten. Eine derartige Bindung an die Bodenproduktion setzte einerseits eine weitgehende Differenzierung in der Nutzung von Spezialflächen voraus, andererseits nahezu völligen Verzicht auf Inanspruchnahme von Dienstleistungen anderer Bevölkerungsgruppen. Oblag es auch den Männern, für Instandhaltung der Wohngebäude, Beschaffung des Brenn- und Heizmaterials, der Kienspäne für die Beleuchtung, der Schafwolle und des Flachses für die Fertigung von Kleidung und der Feldfrüchte für die Nahrungsmittelversorgung der Familienangehörigen zu sorgen, so war damit erst eine Seite des Familienarbeitspensums erfüllt. Den Frauen blieb die Verantwortung für die Be- und Verarbeitung der Grundstoffe, welche die Männer zum Wohnhaus zu schaffen hatten. Und nebenher hatten sie die Betreuung der alten Leute, die Beköstigung der Familie, die Bekleidung der Familienmitglieder und möglichst auch noch die Versorgung in Krankheitsfällen neben ihren sonstigen fraulichen Pflichten durchzuführen. Ist es verwunderlich, wenn in jenen Jahrhunderten in vielen Ehen die Frauen mehrfach an "Auszehrung" zu Grunde gingen, so daß die Männer zum 2. oder 3. Male heiraten mußten, um die Familie nicht auch zu Grunde gehen zu lassen? Es besteht wohl kein Zweifel, daß bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts neben der obrigkeitlichen Einflußnahme auf die Zahl der Eheschließungen die Arbeitsüberlastung der Frauen unter den mehr als bescheidenen Wohnverhältnissen mit als Ursache für die geringe Volksvermehrung jener Zeit aufgefaßt werden muß.

Erst mit dem Beginn der Liberalisierungsepoche, welche auch den Landmenschen die persönliche Freiheit und damit Bewegungsfreiheit bescherte, konnte ein gewisser Wandel eintreten. Als die Verkehrsverhältnisse von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an so weit entwickelt waren, daß die ländliche Bevölkerung wirklich in der Lage war, über die Wahl ihres Wohnortes eine freie Entscheidung zu treffen, hatte inzwischen eine derartig explosive Bevölkerungszunahme auf dem Lande stattgefunden - da obrigkeitliche Zustimmung zur Eheschließung weitgehend entfallen war - daß unter dem sich entwickelnden Bevölkerungsüberdruck die Landarbeiterlöhne des Jahres 1850 nicht höher waren als 50 Jahre zuvor. 8)

Nun konnten der Bevölkerungsüberdruck und an der Grenze des Existenzminimums liegende Landarbeiterlöhne in Verbindung mit der Verkehrerschließung gemeinsam dahin wirken, daß Landarbeiterfamilien aus den Ostprovinzen in die westlichen Regionen abwanderten, um hier Arbeit zu suchen und Brot zu verdienen.

8) Vergl. Hamann, H.: Das Lohnproblem im Landbau 1945, Märzheft des weltwirtschaftlichen Archivs (Kiel)

In der Stadt sahen sich die Landfrauen vor völlig veränderten Umweltverhältnissen. Die Haushalte waren auf ein Minimum gegenüber der alten Gewohnheit beschränkt. Häufig standen selten mehr als ein Küchen- und ein Wohnraum zur Verfügung. Die Löhne der Männer waren lange Zeit hindurch deswegen recht bescheiden, weil das Arbeitskräfteangebot recht groß, eine soziale Gesetzgebung und Arbeitnehmerorganisation nicht vorhanden waren, und weil schließlich die Unternehmer von ihrem Standpunkt aus das Ziel verfolgten, durch Lohneinsparungen zur Kapitalbildung und Betriebserweiterung gelangen zu können. Hinzu kam, daß Arbeitslosigkeit als drohendes Gespenst bald eine bekannte Erscheinung in den Arbeiterhaushaltungen wurde.

Unter den städtischen Verhältnissen war es den Frauen versagt, in der bisher üblichen Weise durch Eigenarbeit einen erheblichen Anteil an Leistung zur Deckung des Familienbedarfs beizusteuern. Mit zunehmender Vergewerblichung der Wirtschaft trat der Zwang immer deutlicher in Erscheinung, fraulicherseits einen Beitrag zur Erhöhung des Familieneinkommens und zur Sicherung der Familienexistenz zu leisten. Nicht selten wurden auch unter engsten Wohnverhältnissen Untermieter (Schlafburschen) in Kost und Logie aufgenommen. Nicht selten wurde, als Nähmaschinen ein gängiger Artikel geworden waren, Näharbeiten für Gewerbeunternehmen von den Frauen zur Durchführung im eigenen Küchenraum übernommen.

Charakteristisch für den Beginn fraulicher Erwerbstätigkeit ist das Bemühen der Hausfrauen, zur Existenzsicherung der Familie sich im Haushaltsrahmen mehr haupt- als nebenberuflich gewerblich und doch so zu betätigen, daß die Aufsicht über die Kinder und der Familienzusammenhalt bewältigt werden konnten.

Die von England ausgehende Bewegung der Frauenrechtlerinnen sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Für unsere hier wesentliche Betrachtung kommt es darauf an, einmal zu überblicken, inwieweit durch die in der Frühzeit der Wirtschaftsindustrialisierung bereits vorhandene Erwerbstätigkeit der Frau entwickelt und möglicherweise von Einfluß auf den Geburtenüberschuß gewesen ist.

Wenn wir dieses Problem hier in den Vordergrund stellen, so geschieht es aus dem Grunde, weil wir es in Ostwestfalen mit einem Raum zu tun haben, in dem das Zentralgebiet um Paderborn und der Südraum dank des ermittelten hohen Geburtenüberschusses, eine Spitzenstellung von so hoher Bedeutung einnimmt, deren Erhaltung auch bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gewährleistet werden sollte.

Um einen entwicklungsgeschichtlich interessanten und aufschlußreichen Überblick unterbreiten zu können, stellen wir einer Übersicht über "Die Frau im deutschen Erwerbsleben seit 1882" die Aufgliederung der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen gegenüber und fügen hinzu, welcher Geburtenüberschuß auf je 1000 der Bevölkerung für das Reichs- oder Bundesgebiet zu den entsprechenden Terminen vorhanden war.

Übersicht 7. Die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Frauenarbeit im Deutschen Reich von 1882 bis 1907 und in Nordrhein-Westfalen 1939/1961.

Erwerbspers.in %	: 1882	: 1895	: 1907	: 1939	: 1950	: 1961
d. Gesamtbevölk.	: 41,9	: 42,7	: 45,5	: 45,6	: 43,6	: 45,1
ml. Erwerbspers.in%						
d. ml. Gesamtbevölk.	: 60,4	: 61,0	: 61,1	: 63,8	: 63,9	: 64,0
wbl. Erwerbspers. i. %						
d. wbl. Gesamtbevölk.	: 23,0	: 25,0	: 30,4	: 28,0	: 25,2	: 27,9
wbl. Erwerbspers. i. %						
d. ges. Erwerbspers.	: 29,2	: 29,7	: 33,7	: 31,4	: 30,7	: 32,5
Geburtenübersch. auf je 1000 d. Bevölk. f. Reichs- od. Bundes- geb.	: 11,4	: 13,9	: 14,2	: 8,6	: 6,0	: 6,9

Die hier vorwiegend interessierende Frage nach der Entwicklung der Erwerbstätigkeit der Frau läßt in Nordrhein-Westfalen gegenüber den Verhältnissen des Reichsgebietes von 1907 **keine** Steigerung erkennen. Es liegt vielmehr beim Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der weiblichen Gesamtbevölkerung im Jahre 1961 ein leichter Rückgang gegenüber 1907 vor. Das gleiche trifft zu für den Anteil weiblicher Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen.

Beachtlich ist aber das Sinken des Geburtenüberschusses von 1939 bis 1961 gegenüber der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. In diesem Zusammenhang ist zu fragen, inwieweit

1. der Faktor der Verlagerung fraulicher Erwerbstätigkeit vom Haushalt in gewerbliche Bereiche
2. der Faktor der Verstädterung und damit verbundenen Verunsicherung der Existenz gegenüber früherer Zeit mit stärkerer Bodenbindung der Familien von mitgestaltendem Einfluß auf die Abnahme des Geburtenüberschusses gewesen sein kann.

Allgemein dürfen wir festhalten, daß die Verlagerung der fraulichen Erwerbstätigkeit vom hauswirtschaftlichen in gewerbliche Bereiche und die Verstädterung gemeinsam negativ auf die Geburtenleistungen und damit Geburtenüberschußleistungen eingewirkt haben und einwirken mußten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß verantwortungsbewußte Frauen vor einer Gewissensfrage stehen, wenn es sich darum handelt, erwerbstätig zu werden oder nicht. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Verstädterung, wo immer sie im Großstadtraum eine weitgehende Vollendung erreicht hat, bevölkerungspolitisch und bevölkerungsökonomisch negativ gewirkt hat und wirkt. Es lohnt sich einmal zu überlegen, und nachzurechnen, inwieweit die Belastung der mittleren Einkommen in der Masse der Bevölkerung durch die Fortschritte der Technik erhöht wird. Wenn auch ganz zweifelsfrei eine Entlastung der Frauen im städtischen Haushalt von vielen schweren oder zeitraubenden Arbeiten eingetreten ist, wenn es auch kaum noch möglich ist, die Arbeitsinanspruchnahme einer Hausfrau aus der Masse der Bevölkerung um 1800 mit dem heutigen Arbeitsanspruch zu vergleichen, der an eine Ehefrau eines gutbesoldeten Städters gestellt wird, so können wir uns immerhin noch vorstellen, wie es einmal ausgesehen haben mag, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie mehr als ausgelastet der Arbeitstag jener Bäuerin aussieht, die mit 4 Kindern und 1 Opa dasteht ohne fremde Hilfe, weil der Mann auf dem 15-ha-Hof in der schlechten Klimalage gezwungen ist, als Hilfsarbeiter in der Stadt zu wirken.

Um so höher ist die Verhaltensweise der ländlichen Familien im Kernraum Ostwestfalens zu würdigen, deren Geburtenüberschüsse in den Kreisen Büren, Paderborn, Arnsberg, Meschede, Olpe, Siegen, Wittgenstein und Beckum an den Leistungsstand von 1882 heranreichen oder über ihn hinausragen.

Dieser ostwestfälische Kernraum, dessen Geburtenüberschuß das Landesmittel um 57 % übertrifft, ist ausgezeichnet durch 2 Faktoren, von denen wir erfahren haben, daß sie geburtenleistungsfördernd zu wirken vermögen. Es handelt sich einmal darum, daß viele kleine Gemeinden vorhanden sind, daß kleine Gemeinden dank der besonderen familienpolitisch wichtigen Lebensmöglichkeiten bevölkerungsökonomisch überdurchschnittliche Leistungen fördern, und daß wir es mit einer im Grunde gesunden leistungswilligen landwirtschaftlichen Bevölkerung zu tun haben. Es ist nur eine überfällige Feststellung, wenn wir

festhalten: Aus bevölkerungsökonomischer Landessicht kommt der Erhaltung Ostwestfalens als Rückgrat für die Bevölkerungsbestandszunahme entscheidende landespolitische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang darf nicht die Bedeutung der Bildungsökonomik übersehen werden. Ganz besonders gilt das für die Gebiete, in denen die Bevölkerung eindeutig unter Beweis gestellt hat, daß sie noch nicht von den großstädtischen Unsitten im ehelichen Bereich zu stark angekränkelt ist. Wo immer in gesunden Räumen die Ehepaare eine Chance wissen, den Kindern nach ihrem Ermessen dereinst einen guten Weg ins Leben ebnen zu können, weil sie die Bildungsmöglichkeiten für günstig ansehen, pflegen sie unter sonst existenzsicheren Voraussetzungen sinnvoll zu handeln und sich ihrer gewollten Kinder zu erfreuen.

Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes-Raum-Problems.

Vom Bildungsnotstand zu sprechen besteht gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen allgemein kein echter Anlaß mehr. Seit Beginn der Amtsführung von Prof. Mikat als Kultusminister ist in schulpolitischer Beziehung nicht nur Erhebliches getan sondern auch für die Zukunft zielgerecht ausgerichtet worden. Sollen einige vom ländlichen Raum her besonders positive Maßnahmen angeführt werden, so sind die Fach-Gymnasien an erster Stelle zu erwähnen. Mit ihrer Begründung wird ein Jahrzehnte hindurch fühlbares Vakuum geschlossen. Nun ist auch für die dörfliche vorwärtsstrebende Jugend verständiger Eltern die Chance geboten, von der Mittel- oder gleichwertiger Schulvorbildung aus auf einem gangbaren Wege einer Reifeprüfung zuzustreben, die den Zugang zu einem akademischen Beruf eröffnet. Es ist zu vermuten, daß diese so wertvolle Erweiterung des ersten Bildungsweges in absehbarer Zeit dem zweiten Bildungsweg einen beträchtlichen und sicherlich nicht den qualitativ schlechteren Teil der Bewerber entziehen wird. Die Fachgymnasien geben die bedeutsame Chance, ohne vorhergehenden Zeitverlust innerhalb der praktischen Berufsausbildung ein erstrebenswertes Bildungsziel zu erreichen.

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, die Ballungsgebiete mit mehr als 2000 Einwohnern je km² aufzulockern und beabsichtigt zugleich, das sich abzeichnende Sozialgefälle zwischen vorwiegend gewerblich strukturierten Gebieten und Agrarräumen zu mildern.

Angesichts dieser Zielsetzung ergeben sich für eine objektiv-wissenschaftliche Stellungnahme zum Ostwestfalenproblem prinzipielle und spezielle Aufgaben. Es kommt für die wissenschaftliche Analyse darauf an zu erkennen, in wieweit die raumpolitischen Probleme Ostwestfalens im Rahmen der allgemeinen Zielsetzung total oder lokal bereits lösbar erscheinen o d e r besonderer Maßnahmen bedürfen.

Vom wissenschaftlich-sozialökonomischen Blickwinkel her ist bei einer auf Raum-Ausgleich ausgerichteten Raumpolitik von vornherein das Problem des sozialen Gesamtnutzeffektes als übergeordnete Grundsatzfrage zu betrachten. Maßnahmen, die einem Gebiet Hilfsdienste leisten können, während ihre Durchführung im Landesmaßstab gesehen bei anderen Gebieten Schädigungen auslösen müßte, indem im Endeffekt bisher erreichte Spezialleistungen einzelner Teile, die hohe Allgemeinbedeutung haben, zum Erliegen kommen müßten, sind ebenso kritisch zu beleuchten, wie andererseits Erwägungen, dieschematische Lösungen anstreben, deren Auswirkungen wiederum problematisch erscheinen. Wir betrachten daher zunächst einige Grundsatzfragen:

Innerräumlicher Bevölkerungsausgleich:

Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme, die in einem Regierungsbezirk dann erhebliche Chancen bieten kann, wenn neben Ballungszentren weniger bevölkerte, also für Wohnbevölkerung aufnahmefähige Kreise zur Verfügung stehen. Für die Bezirke Köln, Aachen, Münster sind auf diesem Wege tragbare, arbeits-, bevölkerungs- und sozialökonomische Lösungen von Bedeutung zu erzielen.

Zwischenräumlicher Bevölkerungsausgleich:

Dieser Weg, einen Bevölkerungsausgleich zu schaffen, ist auch im Westteil des Landes praktikabel. Dabei geht es darum, zwischen benachbarten Regierungsbezirken überfüllte Gebiete und unterbevölkerte Landkreise miteinander in der Bevölkerungszahl abzustimmen. Möglichkeiten dieser Art zeigt ein Blick auf eine Karte der Bevölkerungsdichte zwischen den Bezirken Düsseldorf und Münster, Düsseldorf und Aachen, Arnsberg und Münster.

festhalten: Aus bevölkerungsökonomischer Landessicht kommt der Erhaltung Ostwestfalens als Rückgrat für die Bevölkerungsbestandszunahme entscheidende landespolitische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang darf nicht die Bedeutung der Bildungsökonomik übersehen werden. Ganz besonders gilt das für die Gebiete, in denen die Bevölkerung eindeutig unter Beweis gestellt hat, daß sie noch nicht von den großstädtischen Unsitten im ehelichen Bereich zu stark angekränkelt ist. Wo immer in gesunden Räumen die Ehepaare eine Chance wissen, den Kindern nach ihrem Ermessen dereinst einen guten Weg ins Leben ebnen zu können, weil sie die Bildungsmöglichkeiten für günstig ansehen, pflegen sie unter sonst existenzsicheren Voraussetzungen sinnvoll zu handeln und sich ihrer gewollten Kinder zu erfreuen.

Zur bildungsökonomischen Grundsatzfrage

des Landes-Raum-Problems.

Vom Bildungsnotstand zu sprechen besteht gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen allgemein kein echter Anlaß mehr. Seit Beginn der Amtsführung von Prof. Mikat als Kultusminister ist in schulpolitischer Beziehung nicht nur Erhebliches getan sondern auch für die Zukunft zielgerecht ausgerichtet worden. Sollen einige vom ländlichen Raum her besonders positive Maßnahmen angeführt werden, so sind die Fach-Gymnasien an erster Stelle zu erwähnen. Mit ihrer Begründung wird ein Jahrzehnte hindurch fühlbares Vakuum geschlossen. Nun ist auch für die dörfliche vorwärtsstrebende Jugend verständiger Eltern die Chance geboten, von der Mittel- oder gleichwertiger Schulvorbildung aus auf einem gangbaren Wege einer Reifeprüfung zuzustreben, die den Zugang zu einem akademischen Beruf eröffnet. Es ist zu vermuten, daß diese so wertvolle Erweiterung des ersten Bildungsweges in absehbarer Zeit dem zweiten Bildungsweg einen beträchtlichen und sicherlich nicht den qualitativ schlechteren Teil der Bewerber entziehen wird. Die Fachgymnasien geben die bedeutsame Chance, ohne vorhergehenden Zeitverlust innerhalb der praktischen Berufsausbildung ein erstrebenswertes Bildungsziel zu erreichen.

Der Begriff des Ökonomischen gehört in zweifacher Hinsicht ebenso wie zum Arbeits- und Bevölkerungsproblem auch zur Bildungsfrage. Einmal ist die Kinderausstattung mit "Bildung" für die Eltern zu- meist ein höchst wichtiges ökonomisches Problem. Im bevölkerungs- ökonomischen Zusammenhang wurde hierzu bereits einiges gesagt. Auf landespolitischer Ebene kommt einem bildungsökonomischen Ver- halten ein hohes Maß von Beachtung zu. Ob es darum geht, Forschungs- kräfte richtig einzusetzen, etwa irgendwie hemmende Verwaltungsvor- schriften im Interesse der Forschung großzügig auszulegen, entstehende Probleme rechtzeitig zu erkennen und bearbeiten zu lassen, Studien- zeiten in einem angemessenen Rahmen zu halten - immer wo der Faktor Zeit in Erscheinung tritt, rückt die ökonomische Frage in den Vordergrund, wenn man es nur einmal unternimmt, das betreffende Prob- lem nach allen Seiten hin zu ventilieren. Ganz besonders trifft das zu, wenn es sich darum handelt, Fragen von so hoher Bedeutung nach- zugehen, wie sie in einer wachsenden Volkswirtschaft sich aus ge- wissen Verhältnissen der Entwicklungen in den einzelnen Räumen ergeben können. Und wer wollte Grundsatzfragen dieser Art nicht den Bildungs- ökonomischen zuordnen?

Für den Industriestaat kommt es entscheidend darauf an, auch den außenwirtschaftlichen Fragen von bildungsökonomischer Warte aus gegen- über zu treten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß wir mit den Fragen der "Neuen Wirklichkeit" nur fertig werden können, wenn wir rechtzeitig genug anfangen, die raumwirtschaftlichen Probleme der Erschließungsländer zu klären und die für uns wichtigen Schlußfolge- rungen in jeder Hinsicht zu ziehen. Eine vorsorgliche Raumerforschung kann sich für einen weltmarktgebundenen und weltmarktverbundenen Industriestaat, der auf die zukunftsbezogene Sicherung eines ange- messenen Marktanteils naturgemäß angewiesen ist, nur ökonomisch und sozialwirtschaftlich positiv auswirken.

Dass schließlich eine aktive Bildungspolitik, die bewußt auf eine Steigerung des arbeitsökonomischen Nutzeffektes und eine Verbesserung der bevölkerungsökonomischen Verhältnisse ausgerichtet ist, von vorn- herein einen bildungsökonomischen Generaleffekt mit sich bringt, wird nur erwähnt, um diese wichtige Frage festgehalten zu haben.

Um Grundlagen und Gliederungen hochschulpolitischer Zielsetzungen.

geht seit Jahrzehnten das Ringen. Für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben dürfte nichts vorranglicher und wichtiger sein, als eine Bildungsausrichtung, welche den Absolventen eines Studiums nicht nur den fachbezogenen Wissensstoff vermittelt, sondern auch zugleich den Blick öffnet und weitet für die Grundsatzfragen der Umwelt des zukünftigen Wirkungsbereiches.

Mit der Heraushebung des Begriffes der formierten Gesellschaft ist eine nicht zu übersehende Akzentuierung gesellschaftswissenschaftlicher Aufgaben erfolgt.

Sie bedingen im Grundsätzlichen eine Aktivierung in den Bezirken der Bildungs- und Kulturpolitik. Es geht um das Fundament für einen Entwicklungsvorgang von grundlegender Bedeutung. Die großen Gemeinschaftsaufgaben einer neuen Gesellschaftswerdung dürfen an den Klippen der Uniformierung und Deformierung keinen Schaden nehmen, welche in der Auseinandersetzung unserer auf christlicher Grundkonzeption basierenden und konstruktiven Gestaltung sowie Lenkung der Produktionsfaktoren mit den vom Atheismus geprägten destruktiven Kräften und Bestrebungen auftreten.

Theimer konnte in seiner Untersuchung der politischen Ideengeschichte ⁹⁾ vor 10 Jahren noch zutreffend feststellen, daß in der Fortentwicklung der politischen Ideen eine Pause eingetreten sei. Inzwischen ist die Pause beendet. Von verschiedenen Seiten her sind auch in der Front des freien Westens neue kraftvolle Impulse zu verspüren. In den Reihen der Führungskräfte der christlichen Kirchen und unter den christlichen Politikern werden neue Ideen erörtert, die sichtbar machen, daß neue Ufer angesteuert werden. Mag auch in Gegenwartsfragen und Einzelproblemen noch vieles an Gegensätzlichem zwischen De Gaulle und Ludwig Erhard zu überwinden sein, so tendieren gleichwohl beide Repräsentanten christlich-abendländischer Grundauffassung letztlich mit ihren Konzeptionen insofern in eine Richtung, als sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisch um ein Europa der Freien und Gleichen ringen. Wie der Verlauf des großen Konzils in Rom und die Verleihung des Kardinalpurpurs an den Paderborner Erzbischof erkennen lassen, wird die Frage der Wiederherstellung einer Einheitsfront der Christen an höchster Stelle sehr ernst genommen.

9) Theimer, W.: Geschichte der politischen Ideen, 1955, Seite 7

Das Europaproblem erfordert nicht nur auf höchster politischer Ebene sondern auch auf allen anderen Bereichsebenen ein Höchstmaß an Wissen und Wollen aller geistigen, gestaltenden und führenden Kräfte. Daraus folgt, daß schon während des Studiums eine Hinwendung der Studierenden zu den Randgebieten unerläßlich ist. Die Grenzziehung der Pflichtfächer kann daher an den Fakultätsgrenzen im alten Sinne nicht halt machen. Und die Hohen Schulen werden in ihrer Anpassung an ihre gesamtpolitische Aufgabe dem Faktor R a u m künftighin eine seiner zentralen Bedeutung gemäßige Einordnung in die Lehr- und Bildungspläne zugestehen müssen.

Für die Studienplanung folgt daraus, daß Theologen wie Pädagogen, Mediziner wie Richter und Diplomaten wie Verwaltungsbeamte und Volkswirtschaftler anzuhalten sein werden, die raumpolitischen ökonomischen und soziologischen Probleme in sich aufzunehmen, zu verarbeiten und so ein Fundament zu gewinnen, auf dem sie späterhin ihren Mann gegenüber allen Anfeindungen stehen können. Zweifelsfrei bedeutet die Erweiterung des Grundstudiums um die "Raumfrage" die Vermehrung der Anforderungen, die an die Studierenden und ihre Konzentrationsfähigkeit zu stellen sind. Das aber kann kein Nachteil sein. Wir geben nur der Wahrheit die Ehre, wenn wir konstatieren, daß die Zukunftsaufgaben nichts mehr erfordern als die Heranbildung einer jungen Generation von Format, die über Leistungsfähigkeit und Arbeitsenergie verfügt, um mit der Konkurrenz in den außereuropäischen Erschließungsräumen die fällige Auseinandersetzung zu Gunsten unserer Grundauffassung bestehen zu können.

Wenn aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gründen die Anforderungen zu erhöhen sind, so muß andererseits befürwortet werden, daß die staatliche Unterstützung während des Studiums auf eine realistischere Basis gestellt wird. Es kann der Sache wirklich nicht dienen, wenn amtlicherseits so getan und verfahren wird, als ob die normalen Gehälter der Akademiker im Staatsdienst völlig ausreichen, um ein Studium von Kindern aus solchen Ehen völlig zu finanzieren. Ohne in diesem Zusammenhang irgendwie zur lohnpolitischen Polemik einen Beitrag leisten zu wollen, dürfen wir festhalten, daß im Zuge der seit Jahrzehnten zu verzeichnenden Nivellierung der Arbeitnehmer-einkommen die Grenzen, von der ab Studienfinanzierungen aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, allmählich auf einen allzu tiefen Stand abgesunken sind. Wenn der Staat aus ökonomischen Gründen seine Bediensteten bescheiden besoldet, kann er nicht von der moralischen Verpflichtung freigestellt werden, die Finanzierung der Ausbildung von

Nachwuchskräften sehr viel weitgehender zukünftig zu übernehmen, als es bisher üblich ist.

Allerdings ist aus arbeits- und bildungsökonomischen Gründen die Auffassung gerechtfertigt, daß nicht die Lohntüte des Vaters, sondern die Befähigung und immer wieder unter Beweis zu stellende Arbeitsenergie eines Stipendienbewerbers ausschlaggebend sein sollten, wenn es sich um die Frage der Finanzierung an sich und um die Höhe von Beihilfen oder Studienkrediten handelt. Es ist daher nur eine logische Folge einer realistischen Beurteilung der bildungspolitischen Grundsatzzfragen, wenn die Anregung unterbreitet wird, bildungsökonomisch auch bei der Behandlung wichtiger hochschulpolitischer Interna zu verfahren.

Unter den hier bevorzugt zu erwähnenden Fragen seien genannt:

1. Absolvierung von 3 Studiensemestern innerhalb eines Jahres,
2. Verbindliche Zwischenprüfung nach dem 3. Semester, deren Ausfall endgültig über Abbruch oder Fortführung des Studiums in der betreffenden Fachrichtung entscheidet. Solche eine Fachauslese erscheint geeignet, die Studienplätze für wirklich aussichtsreiche Bewerber verfügbar zu halten.
3. Zur Vermeidung der Überlastung der Ordinarien sind in einer so angemessenen Zahl ausreichend dotierte Planstellen für Dozenten und Assistenten vorzusehen, daß die Hörerzahl in den Vorlesungen und die Teilnehmerzahl in den Seminaren und Arbeitsgemeinschaften so klein gehalten werden kann, wie es erforderlich ist, um den Seminarleitern die Möglichkeit zu geben, die Teilnehmer im Bezug auf ihre fachliche Qualifikation beurteilen zu können.
4. Forscherpersönlichkeiten, die ausschließlich der Forschung dienen wollen, mögen von Vorlesungsverpflichtungen soweit entlastet werden, wie es ihren persönlichen Wünschen entspricht.
5. Bei aller unvermeidlichen Aufteilung der Disziplinen in Abteilungen, Fachgruppen usw. kommt es entscheidend darauf an, derartige Abgrenzungen nur als "Verwaltungsgrenzen" zu behandeln, um das Zusammenwirken von Forschergruppen in jeder Weise zu fördern.

Insgesamt kommt es bildungsökonomisch darauf an, wenn von einer Universität neuen Typs zu sprechen ist, den Gedanken der

Schaffung einer Leistungs-Universität

mehr in den Vordergrund zu stellen. Die Bezahlung nach Leistung, welche in gehobenen Positionen der gewerblichen Wirtschaft ein allgemein übliches Verfahren ist, läßt die Auffassung vertreten, daß die Leistungsfrage auch bildungspolitisch Bedeutung hat.

In diesem Zusammenhang kann ein Problem nicht unerwähnt bleiben. Die allgemeine Entwicklung, welche zur wachsenden Einsparung von Menschen dort zwingt, wo Maschinen unter Kosteneinsparung einzusetzen sind, geht auch am Staats- und Kommunalverwaltungsapparat nicht vorüber.

Das aus England importierte "Doppelkopfsystem" prägt unserer Verwaltung seit nahezu 20 Jahren seinen Stempel auf. Neben dem Oberbürgermeister fungiert der Oberstadtdirektor, neben dem Landrat der Oberkreisdirektor, neben dem Amtsbürgermeister der Amts- und Gemeindedirektor. D.h., der Politiker wird durch den Verwaltungsbeamten ergänzt, oder es soll auch vorkommen, daß der gute Politiker gegebenenfalls die Zügel einer Verwaltung zu straffen vermag, wenn er neben sich einen weniger aktiven Beamten zur Verfügung hat. Aus dieser Verwaltungsgliederung resultiert ein recht gutes Wissen um Zusammenhänge und Menschen bei den im öffentlichen Leben herausgestellten Politikern. Weil also auch die Landtagsabgeordneten sich in ihren Wahlkreisen nicht nur auskennen, sondern auch die Menschen kennen, wäre es erwünscht, daß sich das Kultusministerium dieser Kenntnis der Parlamentarier aus bildungsökonomischen Gründen bei der Wiederbegründung der Ostwestfalen-Universität bedienen würde. Sicherlich könnte ein wirkungsvolles, dem Raum und der Sache der Forschung dienendes Ergebnis erwartet werden, wenn die jeweils räumlich zuständigen Abgeordneten und Landräte bei einschlägigen Forschungsfragen gehört und darüberhinaus gebeten würden, ihrerseits Umschau zu halten, ob und inwieweit in ihren Wahlbezirken möglicherweise Persönlichkeiten von Format aber mit weniger Öffentlichkeitsdrang als Wissen um den Raum und seine Probleme vorhanden sind, die ausbildungsmäßig in der Lage sind, einen Forschungsplatz oder Lehrstuhl auszufüllen.

Arbeitsteilung, das ist ein Begriff, der bisher vorwiegend in der gewerblichen Wirtschaft gebräuchlich aber hochschulpolitisch nicht gerade häufig zu finden ist. Gleichwohl lassen es bildungsökonomische Erwägungen erwünscht erscheinen, auch eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den 7 Hohen Schulen des Landes und der zu begründenden Ostwestfalen-Universität vorzusehen. Z.B. ist zu erwarten, daß an der Technischen Universität in Dortmund unter anderem auch eine Konzentration von mathematischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen vorgenommen wird. Ebenfalls besteht begründeter Anlaß zu der Vermutung, daß die Ruhruniversität in Bochum eine vielseitige Ergänzung der Dortmunder Technischen Universität erreicht. Aus dieser Situation muß für die Ostwestfalen-Universität durchaus keine Resignation hinsichtlich der Ausstattung folgen. Vielmehr liegt es nahe, die O s t w e s t f a l e n - U n i v e r s i t ä t auf jene Fragen auszurichten, die bislang im deutschen Hochschulwesen weniger Beachtung gefunden haben, weil die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen vom betreffenden Standort her nicht so gelagert waren.

Was die L e h r e angeht, so wird es darauf ankommen, in Ostwestfalen mit 2,7 Millionen Einwohnern darauf hin zu zielen, daß der Universitätsstandort im Zentralraum ausgewählt wird, um für die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Studienwilligen des gesamten Raumes die Möglichkeit einer kostensparenden Studienausbildung zu nutzen. Dabei ist zu erwähnen, daß der in unseren Übersichten und auf der Übersichtskarte näher gekennzeichnete Zentralraum von allen Teilen im Norden, Osten, Süden und Westen fast zu 100 % durch Autobuslinien-Benutzung erreicht werden kann. Es liegt also durchaus im Bereich des Möglichen, daß die Masse der Studierenden vom Zentralraum aus nicht genötigt wären, einen zweiten Wohnsitz am Studienort während der gesamten Studiendauer zu begründen. Bei dieser außerordentlich günstigen Verkehrssituation des Zentralraumes, die konkret gesehen in etwa der Lage entspricht, wie sie ehemals in Groß-Berlin von der dortigen Universität gegenüber der überwiegenden Zahl der Landkreise der Provinz Brandenburg bestanden hat, erscheint es bedeutsam, den Umfang der Studienplätze für die wichtigsten Disziplinen so zu bemessen, daß die raumeigenen Studienbeflissenen auch wirklich in Ostwestfalen ihre Ausbildungswünsche erfüllt bekommen.

Zu dieser von der Bevölkerung des Raumes her durchaus verständlichen Auffassung ist hinsichtlich der Ausrichtung der Lehrdisziplinen ferner zu beachten, daß in Paderborn bereits eine theologisch-philosophische Akademie besteht, der es obliegt, theologischen Nachwuchs auch und nicht zuletzt für den Teil der Diözese auszubilden, der sich in der sowjetisch-besetzten Zone befindet. Ferner beinhaltet Ostwestfalen als raumeigener Art eine solche Fülle von spezifischen Problemen, daß sich hier geradezu mit Naturnotwendigkeit die hochschulpolitische Aufgabe ergibt, in die Reihe der Lehrdisziplinen auch die raumbezogenen Disziplinen einzubeziehen, die ohnehin unter den Forschungsdisziplinen einen angemessenen Platz erhalten. Damit ergibt sich für Nordrhein-Westfalen, das ja auch die vorläufige Bundeshauptstadt Bonn und deren Behörden mit zu betreuen hat, eine möglicherweise zu nutzende Chance.

Nicht wenige Politiker habenseit geraumer Zeit mit Befremden verfolgt, daß sich das Auswärtige Amt mit seinen Auslandsvertretungen in eine relativ ungünstigen Lage hineinmanövriert hat. Es ist hier zwar nicht der Ort, um zu außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, aber es dürfte an der Zeit sein, zur Ausbildungsfrage des diplomatischen Dienstes einige Bemerkungen einzuflechten. Von einigen Ausnahmen abgesehen ist das Gros der Mitglieder des diplomatischen Dienstes durch die juristische Studienausbildung gegangen. Damit wird ein Verfahren fortgesetzt,

das zweifellos aus der historischen Entwicklung verständlich sein mag. Angesichts der Tatsache aber, daß der diplomatische Dienst gegenwärtig und in der Zukunft vermutlich noch sehr viel stärker auf Kräfte angewiesen sein wird, die über sehr eingehende allgemeine ökonomische und insbesondere über raumökonomische Kenntnisse, über raumsoziologisches Wissen und raumpolitische Kräfte von grundauf verfügen bzw. unterrichtet sind, läßt sich nicht leugnen, daß eine Anpassung des Ausbildungsverfahrens an die "Neue Wirklichkeit" erforderlich zu sein scheint. Dafür spricht außerdem auch eine allgemein wenig beachtete Tatsache. Der Referendar, der den juristischen Studiengang absolviert hat, ist sehr viel mehr auf alles andere ausgerichtet, als auf konstruktives Denken und konstruktives Arbeiten. Vom Diplomaten der Gegenwart und Zukunft aber muß angesichts der weltweiten Entwicklungsvorgänge offenbar mit Recht erwartet werden, daß er im konstruktiven Denken geschult ist und in der Lage, sich jederzeit und an jedem Ort mit den raumspezifischen Problemen auseinanderzusetzen. So liegt es nahe, in der Ostwestfalen-Universität die Möglichkeit zu erwägen, einen besonderen Studiengang zur Vorbereitung auf den diplomatischen Dienst einzurichten, zumal hier die das Raumproblem behandelnden Disziplinen einen Standort für Lehre und Forschung zu erhalten wünschen. Für eine Modernisierung der Ausbildung von Anwärtern des diplomatischen Dienstes spricht schließlich auch das französische Verfahren.

Von diesen Erwägungen ausgehend sind für die Ostwestfalen-Universität
L e h r d i s z i p l i n e n erforderlich für:

Theologie
Pädagogik und Philosophie
Rechtswissenschaft
Verwaltungswissenschaft
Volkswirtschaft
Raum-Politik, -Soziologie, -Ökonomik
Medizin
Sport

Daneben aber gilt es, in diesem Zusammenhang der F o r s c h u n g wirklich einmal Raum zu geben. Hierbei liegt es mehr als nahe, von den räumlichen Gegebenheiten aus daranzugehen, die entsprechenden Forschungsgruppen zu entwickeln, deren wissenschaftliche Kräfte naturgemäß auch für Lehrzwecke im angemessenen Umfang zur Verfügung stehen.

Ohne mit der gewählten Reihenfolge irgendwie eine Rangordnung begründen zu wollen, wird an erster Stelle genannt:

die naturwissenschaftliche Forschungsabteilung

Unter den hier besonders vorzusehenden Forschungsgruppen sei hervorgehoben:

- a) Klimaforschung
- b) Physikalische Medizin
- c) Medizinische Klimatologie
- d) Biochemie mit Spezialausrichtung für:
 1. Medizin
 2. Tiermedizin
 3. Forstwirtschaft
 4. Grünlandwirtschaft
 5. Ernährungsphysiologie

II. die theologische Abteilung

Unter Heranziehung bzw. Eingliederung der philosophisch-theologischen Akademie Paderborn und des Johann-Adam-Möhler-Instituts wäre ein besonderer Forschungsgrundauftrag, die Wiedervereinigung der Christen, vorzusehen, der als Gemeinschaftsaufgabe von Theologen beider Konfessionen durchzuführen wäre. Gerade im Zentralraum Ostwestfalen hätte eine solche Forschungsabteilung deswegen einen hervorragend geeigneten Standort, weil von hier aus seit geraumer Zeit sehr ernsthaft um die einschlägigen Fragen im theologisch-philosophischen Bereich gerungen wird.

III. die historisch-philosophisch-politische Abteilung

Mit dem Auftrag der Grundlagenforschung im Bereich der Beziehungen von Geschichte, Politik und Raum.

Mit der Begründung dieser Forschungsabteilung wäre das Fundament zu legen, um die Vorbildung für den diplomatischen Dienst auf eine sehr wirklichkeitsnahe Ebene zu heben.

IV. die verwaltungswissenschaftliche Abteilung

Ihre Ausrichtung gilt der Heranbildung von Verwaltungsfachleuten für den höheren Dienst. Sie hätte in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsplätzen und Lehrstühlen für Raumsoziologie und Raumökonomik die Grundlage für eine wirklichkeitsnähere Ausbildung von Verwaltungsfachleuten zu schaffen. In ihren Bereich gehören:

Finanzwirtschaft
Kommunalwirtschaft
Verkehrswirtschaft
Versicherungswirtschaft
Raumwirtschaft
Bürgerliches und Strafrecht
Staats- und Verwaltungsrecht
Handelsrecht
Steuerrecht
Sozialrecht

V. die medizinische Abteilung

Ihrer besonderen Bedeutung wegen sollte ein volles Klinikum nicht gescheut werden, das um besondere Forschungseinrichtungen und Lehrstühle für physikalische Medizin, Ernährungsphysiologie des Raumes, Raummedizin und Bäderkunde Ostwestfalens zu erweitern wäre. Dabei ist zu beachten, daß gegenwärtig kaum die Möglichkeit besteht, aus Ostwestfalen schwierige Krankheitsfälle in ein Institut der noch nächstgelegenen Universitäten zu überführen, weil diese restlos aus ihren eigenen Einzugsräumen beansprucht werden. Auch aus diesem Gesichtspunkt heraus ist eine volle medizinische Abteilung in Ostwestfalen am rechten Ort.

VI. die Abteilung für Raumökonomik und Raumsoziologie

Als zentrale Forschungsaufgaben und entsprechende Forschungsgruppen sind aufzuführen:

Ostwestfalen

Im Kontaktverfahren zur Grundlagenklärung wird sich eine besondere Arbeitsweise zu entwickeln haben, um ausgehend von der Grundlagenforschung mit Hilfe der Untersuchung physikalischer, chemischer, biologischer, klimatologischer, bodenkundlicher, botanischer, zoologischer, geographischer und geologischer Voraussetzungen, zu klären, wie es um die Basen für die Entwicklung **s o z i o l o g i s c h e r** und **ö k o n o m i s c h e r** Verhältnisse bestellt ist. Anhand der bei der Klärung ostwestfälischer Raumfragen sich ergebenden Erfahrungen wird es wichtig sein, Methoden für die Erforschung von Räumen grundsätzlich zu entwickeln und anzuwenden auf:

Westeuropa
Osteuropa
A-Kontinente.

Forschungs- und Lehrinstitute für Raumsoziologie
mit Untergliederung nach geographisch-klimatologisch differenzierten Bezirken und Forschungsgruppen für Gemeindegrößenklassen, Berufsgruppen, Einkommensverhältnisse, Altersstufen, Unternehmensformen.

Forschungs- und Lehrinstitute für Raumökonomik

- a) biologische Grundrichtung:
1. Bäderwirtschaft
 2. Forstwirtschaft
 3. Landwirtschaft spezialisiert auf Grünlandwirtschaft und Rindviehhaltung
 4. Tiermedizin mit Rindviehlinik
 5. Ernährungswirtschaft
- b) ökonomische Grundrichtung:
1. Agrarökonomik m. Erzeugungsökonomik
Verarbeitungsökonom.
Veredelungsökonomik
(mit Einbeziehung der Bundesanstalt für Getreideverarbeitung in Detmold)
 2. Industrieökonomik
 3. Handwerksökonomik
 4. Handelsökonomik
 5. Banken-Ökonomik
 6. Versicherungsökonomik
 7. Versorgungsökonomik (Strom, Gas, Kohle)
 8. Verkehrsökonomik

- c) politische Grundrichtung:
1. Agrarpolitik
 2. Industriepolitik
 3. Handwerkspolitik
 4. Finanzpolitik
 5. Handelspolitik
 6. Außenhandelspolitik
 7. Verkehrspolitik
 8. Versicherungspolitik
 9. Versorgungspolitik
 10. Gesellschaftspolitik
 11. Gewerkschaftspolitik
 12. Sozialpolitik
 13. Allgem. Wirtschaftspolitik

d) speziell räumliche Fragestellung:

Theorie der Ökonomik des Raumes
Theorie der produktiven Kräfte d. Raumes

Anschließend an diese Teilanalyse zur Lage der Gegenwarts- und abzusehenden Zukunftsprobleme bildungsökonomischer Art im Landesbereich liegt es nunmehr nahe, die Frage nach Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn zu überprüfen und zu beantworten, soweit der erteilte Auftrag geht.



Ostwestfalens Leistungsentfaltung

Für gut 33 % der Landesfläche ist der G r u n d s t e i n zu legen für eine s o l c h e Entwicklung, daß der ansässigen und zuwachsenden Bevölkerung e c h t e Chancen zur Teilnahme am industriegesellschaftlichen Wohlstandswachstum geboten werden können. Die Größe und Bedeutung dieser Aufgabe bedingt es, daß sie nur von der Landesregierung her in Angriff genommen werden kann. Sie ist o r g a n i s c h und damit ebenso sinnvoll wie mit optimalem Nutzeffekt nur insoweit zu lösen, als z u k ü n f t i g eine f u n k t i o n s f ä h i g e und l e i s t u n g s s t a r k e S y m b i o s e zwischen dem Arbeitsraum des Industriereviers und dem Erholungsraum des Berglandes Ostwestfalen geschaffen und kraftvoll ausgestaltet wird.

Nachdem wir im Rahmen unserer arbeits-, bevölkerungs- und sozial-ökonomischen Teilanalysen eine Reihe von Feststellungen zu treffen und bereits raumspezifische Erkenntnisse zu gewinnen vermochten, ist der Weg geebnet, um die S p e z i a l p r o b l e m e der Teilräume für Ostwestfalens Leistungsentfaltung weiter zu verfolgen. Da im Nordraum generell weniger naturgegebene Leistungskapazitäten vorhanden sind und einer vollen Erschließung harren, als es für den Zentral- und Südraum zutrifft, und der Westraum ein agrarisches Intensivgebiet eigener Art und Aufgabenstellung umfaßt, konzentrieren wir unsere weitere Untersuchung auf die

Frage der sozialökonomischen Raumesundung Ostwestfalens durch Erschließung seiner natürlichen Heil- und Kraftquellen im Dienste bewußter Förderung der Volksgesundheit und Bereinigung der sozialen Probleme.

Damit stehen wir vor Fragen der

1. Raumforschung insoweit als es gilt, die vorhandenen Potenziale Ostwestfalens zu erfassen und zu ermitteln, wie und mit welchem Einsatz die Erschließung und Nutzbarmachung möglich erscheint;
2. Raumpolitik insoweit als es gilt, die Landespolitik in geeigneter Weise heranzuziehen, um die aufgezeigten Raumfragen zu bereinigen.
3. Raumsoziologie insoweit als es gilt, aus dem Verhalten der Bevölkerung die raumspezifischen Folgerungen zu ziehen und daraus zu entnehmen, in welcher Weise bevölkerungsökonomische Nutzeffekte zu gewinnen sind;
4. Raumökonomik insoweit als es gilt, die Lösungen für die Teilräume zu fördern, die ihrer Anlage nach den größtmöglichen Gesamtnutzeffekt von der Erfüllung der anstehenden Gemeinschaftsaufgaben erwarten lassen können.

Die Fragen der Raumforschung, die bereits aus landes-, hochschul- sowie bildungspolitischer Sicht generell behandelt worden sind, erfahren im Zusammenhang mit der Universitätsstandortsfrage eine abschließende Zusammenfassung.

Die Fragen der Raumpolitik ergeben sich aus den anstehenden und für Ostwestfalen zum wenigsten bereits skizzierten arbeits-, bevölkerungs-, sozial- und bildungsökonomischen Aufgaben, die unseren Raum im Landesrahmen obliegen und bei Begründung der aufgezeigten materiellen Voraussetzungen zu erfüllen sind.

Die Fragen der Raumsoziologie und Raumökonomik, die somit verbleiben, bedürfen besonderer Bearbeitung. Aus dem Zusammentreffen von Grundsatzfragen auf der Landes- und Ostwestfalen-Ebene rechtfertigt es sich vor allem, die agrarsoziologischen und agrarökonomischen Raumprobleme zu analysieren, um daraufhin zu einer raumspezifischen Synthese vordringen zu können. Das Ostwestfalenproblem präsentiert dann, wenn es von grundauf und im Zusammenhang mit den im Landesrahmen anstehenden Aufgaben gesehen wird, **n i c h t n u r A u f g a b e n**, sondern zugleich auch **L ö s u n g e n**.

Bei der bekannten Arbeitsmarktlage und den Begleiterscheinungen der Gastarbeiterbeschäftigung, unter denen das Devisenproblem immerhin der Beachtung wert ist ad 1. ;

bei den betriebsökonomisch begreiflichen Expansionsbestrebungen der maßgeblichen Industrieunternehmungen ad 2.

und bei der Weltmarktlage mit ihrem noch immer wachsenden Defizit zwischen Bedarf und Nachfrage einerseits sowie Nachfrage und Angebot andererseits ad 3.

kann wirtschaftspolitisch dem **a r b e i t s ö k o n o m i s c h e n** Grundsatzproblem nicht gleich zuviel Bedeutung beigemessen werden.

Die Hebung der Arbeitsleistungen je Arbeitsstunde erweist sich als entscheidender Hebel in deutscher Unternehmerhand, um den im weltweiten Konkurrenzkampf erreichten Platz zu behaupten und auszubauen.

Daher gewinnt die Gesundheitsförderung und Gesundheitspflege der Arbeitnehmer zunehmend an Bedeutung und mit ihr auch die Frage einer sinnvollen Freizeitnutzung und Urlaubsverwendung. Was diesbezüglich heute richtig ist, wird später und so lange noch wichtiger werden, als die Überalterung unseres Volkes fortschreitet.

Grundsatzprobleme dieser Art, die schon aus arbeitsökonomischer Untersuchung resultieren, werden bei zusätzlicher bevölkerungs- und sozialökonomischen Überprüfung nur noch dringlicher. Und von hier aus gesehen gewinnt das Ostwestfalen-Problem eine entscheidende Bedeutung und Stellung innerhalb landespolitischer Erwägungen.

Für die Verwirklichung einer gesundheitsfördernden Freizeit- Wochenendnutzung und Urlaubsverwendung der Industriebevölkerung Nordrhein-Westfalens bietet Ostwestfalen einmalige und kostengünstige Chancen!

1. An der östlichen Raumgrenze vom Wiehengebirge nach Süden zu verfügt Ostwestfalen im Teutoburger Bergland, in der Egge bis ins Rothaargebirge hinein und weiter südlich in das Ostwestfalen zugehörige Sauerlandmassiv, insgesamt über ein Erholungsgebiet von einmaliger Geschlossenheit, Schönheit und Bedeutung. Neben einer Vielzahl von an 60 Orten bisher bekannten, aber nur zum Teil genutzten Heilquellen, neben Heilmooren verschiedener Art im Zentralraum und dem nicht weniger heilkundlich bedeutsamen Quellen und Heilerden enthaltenden Flächen des östlichen Sauerlandes wartet das Ostwestfalenklima darauf, medizinisch wertvolle Dienste zu leisten. Infolge seiner erheblichen Differenziertheit, die unterschiedlichste Anwendung erlaubt, seiner klassischen Luftreinheit und gesunden Herbheit auf der einen, Milde auf der anderen Seite, findet die Bevölkerung hier eine Naturgabe erster Ordnung, die bereit ist, erholsamste Wirkungen zu spenden.
2. In Ergänzung der naturgegebenen Heilkräfte seines Raumes erweist sich Ostwestfalen als ein Erholungsgebiet, dessen Möglichkeiten sich auch die Bezieher von bescheidenen Einkommen nutzbar machen können, weil in diesem Raum durch Begünstigung der ersten Ansätze zur Entwicklung eines Fremdenverkehrs Tausende von sehr preiswürdigen Quartieren bereit zu stellen sind. Wie kaum irgendwo anders in der Bundesrepublik findet sich in Ostwestfalen ein so geschlossenes und gesundes Heil- und Erholungsgebiet. Und wie kaum in einem anderen Raum finden sich an den geeigneten Örtlichkeiten bäuerliche Siedlungen, teils zerstreut, teils in Dörfern, größerer oder kleineren Umfangs, deren durch die agrarpolitische Entwicklung schwer bedrohte

Existenz durch Einschaltung in den Fremdenverkehr in eine immerhin gesicherte ohne Zwang zur Abwanderung in die Stadt umgewandelt werden kann.

Um die allgemeine agrarsoziale Frage in unserem Industriestaat frei von Illusionismus und Pessimismus und unbeschwert von Ideologien erkennen und anschließend objektiv beurteilen zu können, bedarf es zunächst einiger Anmerkungen, die uns den Boden der Wirklichkeit breiten:

1. Zwischen 1882 und 1950 hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerungsdichte, also die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen (Erwerbspersonen + Familienangehörige) je 100 ha Nutzfläche kaum bzw. so wenig verändert, daß einkommenspolitische Wirkungen praktisch nicht festzustellen sind.
2. Von 1882 bis 1950 entfielen durchschnittlich jeweils 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf einen landwirtschaftlichen Berufszugehörigen.
3. Es besteht also kein Anlaß, die in den rund 7 Jahrzehnten erfolgten Abwendungen der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Betätigung und entsprechende Einströmungen in gewerbliche oder andere vorwiegend stadtverbundene Berufe als "Landflucht" zu bezeichnen.
4. Die Abgabe von Menschen aus landwirtschaftlichen bzw. bodengebundenen Familien an andere Erwerbsbereiche der Volkswirtschaft war - wie es die Statistik ausweist - im Endeffekt nichts anderes als die Überstellung eines Bevölkerungsüberschusses auf Grund überdurchschnittlicher Geburtenleistungen und Geburtenüberschüsse.
5. Diese Bevölkerungsabgabe vom Land an die Stadt erfolgte als Auswirkung der ökonomisch-technischen Entwicklung. Über den vorhandenen Bestand hinaus konnte ein Bevölkerungszuwachs keine sozial befriedigenden Arbeitsplätze erhalten.
6. Es empfiehlt sich also, für die Zeitepoche bis 1950 nicht von einer Landflucht zu sprechen, sondern der Wirklichkeit gemäß von einer Aufrechterhaltung oder Stagnation der landwirtschaftlichen Bevölkerungszahl, die durch einen immerwährenden Abgabeprozess des natürlichen Bevölkerungszuwachses an die Städte

aufrecht erhalten worden ist.

7. AB 1951 ist ein Wendepunkt in der landwirtschaftlichen Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen. Das Eintreten dieses Wendepunktes zu diesem Termin ist kein Zufall sondern findet eine eindeutige Erklärung in der nach 1951 eintretenden völligen Hinwendung der Wirtschafts- und Preispolitik zu den Grundsätzen einer offenen Volkswirtschaft im Zeichen der "sozialen Marktwirtschaft". Bis zu den bekannten Rhöndorfer Vereinbarungen war seit Beginn der wachsenden Industrialisierung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft eine gemäßigt agrarfreundliche Wirtschaftspolitik betrieben worden. Diese Wirtschaftspolitik verfolgte einen gewissen Interessenschutz der einheimischen Landwirtschaft, indem, dafür gesorgt wurde, daß bis zu einem gewissen Grade die bäuerlichen Existenzen als gesichert angesehen werden konnten. Ob es bewußt oder unbewußt dazu kam, wozu es letztlich gekommen ist, wenn wir die fraglichen 7 Jahrzehnte rückwärtsschauend überblicken, mag hier dahingestellt bleiben. Es steht jedenfalls fest, daß in den 7 Jahrzehnten bis 1950 das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf, welches bei den landwirtschaftlichen Berufszugehörigen aus ihrer Wertschöpfung zu ermitteln ist, immer, und zwar nicht ganz wenig, niedriger lag als in den nicht landwirtschaftlichen Bereichen der Volkswirtschaft. Wir verzeichnen also als agrarpolitische Begleiterscheinung der industriestaatlichen Entwicklung in Deutschland bis 1951 ein eindeutiges Gefälle im durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung von den nicht landwirtschaftlichen Bereichen der Volkswirtschaft zum landwirtschaftlichen Bereich, oder kurz gesagt, vom Gewerbe zum Landbau, oder von der Stadt zum Land. Ganz zweifellos war dieses Einkommensgefälle in seiner beständigen Aufrechterhaltung ein wesentlicher Anlaß dafür, daß der landwirtschaftliche durch den natürlichen Geburtenüberschuß immer wieder auftretende Bevölkerungszuwachs in die gewerblichen Berufe abwanderte.
8. Die sich so erklärende Jahrzehnte hindurch währende Abflußbewegung von Landmenschen in gewerbliche Berufe konnte ohne Störungen des landwirtschaftlichen Leistungsfortschrittes erfolgen, weil seitens der industriellen Entwicklung dem Landbau laufend und in wachsender Zahl technische Errungenschaften zur Bewältigung der wachsenden Produktionen zur Verfügung gestellt wurden.

9. Von 1950 bis 1963 ist die erste entscheidende Verringerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten. Entfielen bis dahin auf einen landwirtschaftlichen ldw. Berufszugehörigen 2 ha lvg. Nfl., sow wächst nunmehr der Nutzflächenumfang je landwirtschaftlichen Berufszugehörigen auf 3 ha oder um 50 % an.
10. Sozialpolitisch und sozialökonomisch aber bleibt zu beachten, daß trotz der Verringerung der Landvolkssubstanz um 36 % keine Erhöhung des je Berufszugehörigen in der Landwirtschaft erzielten durchschnittlichen Volkseinkommens festzustellen ist.

Zeitraum	Wertschöpfung je 100 ha	Landwirtschaftl. Berufszugehöri- ge je 100 ha	Ø Volks- Einkommen je ldw Be- rufszuge- hörigen	Ø Volks- Eink. d. ges. Bev.	Landw. Volks- eink. in % d. Ø V.
1938	: 1.500 dz GE	: 48	: 32,5 dz GE	: 59,1 dz	: 55,1 %
1962/63	: 1.560 dz GE	: 32	: 48,1 dz GE	: 97,6 dz	: 49,3 %

Aus diesen Werten, die für die Wertschöpfung anhand der Grundgleichung - Seite 38 - errechnet worden sind, folgt:

Trotz des Abbaues der Landvolkssubstanz und Zuwachs der ldw. Nutzfläche je Berufszugehörigen um 50 % ist das durchschnittliche erzielte Volkseinkommen je ldw. Berufszugehörigen zwar absolut gewachsen aber gleichwohl am Volkseinkommensdurchschnitt der Gesamtbevölkerung gemessen von 55 % auf 49,3 % abgesunken. Diese Feststellung wird getroffen obschon im gleichen Zeitraum das Produktionsvolumen je ha um 50 % gestiegen ist. Die von dieser Leistungssteigerung zu erwartende Anhebung der Wertschöpfung aber mußte ausbleiben, weil der Anteil des Sachaufwandes am Produktionsvolumen ebenfalls eine Steigerung um 50 % erreichte, da einmal die Sachaufwandskosten und 2. die Menge des Sachaufwandes im Zuge fortschreitender Mechanisierung steigende Tendenz zeigten.

11. Gegenüber dieser Klarstellung in der Frage der Wertschöpfung lassen sich Bemühungen nicht verstehen, die darauf abzielen, das wirkliche Bild zu verschleiern.

Ebenso wie der Arzt am Krankenbett nur aufgrund einer voll zutreffenden Diagnose die richtige Therapie anwenden kann, bedarf auch der seiner Verantwortung bewußte Politiker einer objektiv richtigen Aufklärung sozialökonomischer Zusammenhänge, um daraufhin seine Entscheidungen treffen zu können.

So, aus der wissenschaftlichen Verantwortung gegenüber einer hohen Aufgabe gesehen, können die Bemühungen nicht ohne Ablehnung verbleiben, die in der agrarsozialen Frage ein zumindest unklares Bild dargeboten haben.

12. Seit Jahren ist es üblich, die in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen nach einem bestimmten Schlüssel auf Vollarbeitskräfte umzurechnen die buchführungsmäßig erfaßbaren Arbeitseinkommen auf diese Vollarbeitskräfte zu beziehen, um mit diesen so ermittelten Jahreseinkommen der Vollarbeitskräfte dann Industriearbeiter-Jahreslöhne zu vergleichen. Insoweit derartige Berechnungen nicht dazu dienen sollen, die Agrarpolitik zu beeinflussen, interessieren sie den wissenschaftlichen Agrarökonomen und Soziologen nicht. In jedem anderen Falle aber kann nicht unterlassen werden aus wissenschaftlicher Sicht die gebotenen und begründeten Bedenken zu unterbreiten:
 - a. Arbeitskraftumrechnungen können nur dann zu objektiv vergleichbaren Ergebnissen sozialpolitischer Art zwischen verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft führen, wenn sie in sämtlichen zu vergleichenden Bereichen vorgenommen werden. Dies ist zweifellos bei den angezogenen Vergleichsrechnungen bisher nicht dabei gewesen.
 - b. Gegenüberstellungen von Jahresarbeitseinkommen in der Landwirtschaft, wo Tagesarbeitszeiten von 10 Stunden und Wochenarbeitszeiten von mehr als 60 Stunden immer noch weitgehend zum täglichen Brot gehören, mit Jahresarbeitslöhnen von Industriearbeitern die lt. statistischer Nachweisung die 2.000-Stundengrenze im Jahr arbeitszeitlich nicht überschreiten, geben von vornherein ein zumindestens schiefes, um nicht zu sagen falsches Bild,
 - c. Gegenüberstellungen von Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft und in der Industrie, die wie bisher üblich - auf der einen Seite Vollarbeitskräfte und auf der anderen Seite in der Industrie keine Vollarbeitskräfte bei der Heranziehung der Lohnsätze sondern nur angelernte oder Hilfsarbeiter auswählen, vermögen den an Objektivität zu stellenden Anforderungen nicht zu genügen.
 - d. Unter voller Würdigung dieser Verfahrensgrundsätze bei Lohnvergleichen zwischen agrarischer und gewerblicher Wirtschaft ist festzuhalten, daß den Ergebnissen irgendeine Beweiskraft für die agrarsoziale Lage nicht zugesprochen werden kann.
13. So sehr es auch wissenschaftlichen zu begrüßen ist, wenn sich die am-

tierenden Minister mit den "Aufgaben einer modernen Agrarpolitik" öffentlich auseinandersetzen, weil aus solchen Ausführungen erkennbar wird, inwieweit die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und nach welcher Richtung hin auf politischer Ebene überblickt werden, so kann eine solche Feststellung nicht davon abhalten, auf erhebliche Gefahrenmomente hinzuweisen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Alfred Kubel sieht eine "Aufgabe moderner Agrarpolitik" auch in der Betriebsgrößenfrage. Diese Sicht ist zweifellos begründet. Wenn aber Minister Kubel angesichts des Finanzaufwandes, der unerlässlich ist, wenn aus vielen kleinen Betrieben nach der Grundsatzplanung von Manshoults wenige Großbetriebe zusammengelegt werden sollen, wenn also die Bodenreform, die einst auch in der Zeit zwischen 1919 und 45 und sogar später recht groß geschrieben wurde, nunmehr völlig umgekehrt werden soll, der Auffassung ist,

"daß das Tempo der notwendigen Zusammenlegung bäuerlicher Betriebe weitgehend vom Generationenwechsel bestimmt wird und von der Abwanderung noch umstellungsfähiger Bauern in andere Erwerbszweige." 10)

So vermögen wir weniger Konstruktions- als vielmehr Kapitulationskonzeptionen zu entnehmen.

14. Wer die verschiedensten Diskussionen um die Manshoults'sche Planung verfolgt hat, muß feststellen:

Weil es wirtschaftspolitisch so lange nicht möglich erscheint die agrarsoziale Frage von der Erzeugerpreisseite in Ordnung zu bringen als die gegenwärtige Weltwirtschaftslage keinen Strukturwandel erfährt, wird rein rechnerisch am grünen Tisch so lange gearbeitet, bis sich herausstellt, daß nach weiterer Verminderung des Landvolks um so und so viel Millionen der verbleibende Rest voraussichtlich einkommensmäßig zufriedenzustellen ist.

Das mag "ökonomisch-theoretisch" möglich sein. Das ist aber agrarökonomisch deswegen nicht praktikabel, weil die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nur bis zu dem Grenzwert reduziert werden können, der sich aus dem Arbeitskräftebedarf zur Versorgung d e s Viehbesatzes ergibt, der unbestreitbar für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der Voraussetzungen zu weiterer Bodenertragsprogression vorhanden sein muß. 11)

10) Kubel, A.: Aufgaben einer modernen Agrarpolitik: Die neue Gesellschaft 1964 - Heft 5 - Seite 370

11) Hamann, H.: Die Vermehrung der Produktivität der europäischen Landwirtschaft 1955 in Paris in franz. Sprache erschienen.

15. Angesichts der von Kubel vertretenen und anderen Seiten bejahten Auffassung ist zu betonen:

Wenn gegenwärtig im Durchschnitt des Bundesgebietes nur noch 16 landwirtschaftliche Berufszugehörige auf 100 ha ldw. Nutzfläche ein paritätisches Volkseinkommen durchschnittlich erzielen können, so ist folgende Lage erreicht:

16 Berufszugehörige entsprechen 3 durchschnittlich landwirtschaftlichen Familien mit 3 Ehemännern und 3 Ehefrauen, 3 Angehörigen der Großelterngeneration und 7 Kindern. Daraus ergeben sich 3 Männer + 3 Frauen + 3 Alte oder insgesamt 5 sogenannte volle Arbeitskräfte und 2,3 Kinder je Familie. Arbeitswirtschaftlich dürfte damit, wenn überhaupt noch bäuerliche Betriebe in den Planungen auf höchster Ebene vorgesehen sind und der absolute Nullpunkt des Abbaues erreicht sein. Aber kann agrarpolitisch nur vom arbeitswirtschaftlichen Standpunkt aus gedacht, geplant und gehandelt werden?

16. Unsere Übersicht 5 - Seite 23 - zeigt eindeutig auf, daß und in welcher entscheidendem Umfange gegenwärtig die Aufrechterhaltung eines sehr bescheidenen Bevölkerungszuwachses immer noch sehr stark von den Geburtenüberschüssen der selbständigen Landwirte und Landarbeiter bedingt werden.

Und was für das Bundesgebiet zutrifft, bestätigt die Übersicht 6, Seite 25, für das Land Nordrhein-Westfalen, für Ostwestfalen und hier für die Teilräume, in denen noch ein nennenswerter Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung dafür sorgt, daß Haushalte mit mehr als 5 Personen vorhanden und überdurchschnittlich viel Kinder geboren und aufgezogen werden.

17. Es bedarf keiner weiteren Betonung der Tatsache, daß eine Landesregierung, die bevölkerungsökonomischen Überlegungen erwägt, sich zu einer aktiven Familienpolitik bekennt und die agrarsoziale Frage und alle damit zusammenhängenden Probleme auch familienpolitisch abwägt.

18. Die für Ostwestfalen sich ergebenden agrarpolitischen Konsequenzen können nicht an den aufgezeigten agrarökonomischen, arbeitsökonomischen, bevölkerungsökonomischen und sozialökonomischen Raumfragen gewissermaßen vorbeigehenderweise gezogen werden.

Es hat sich eindeutig herausgestellt, daß der Kernraum Ostwestfalens eine sehr wesentliche Geburtenüberschußquelle für das Land

ist. Es hat sich gezeigt, daß Ostwestfalen in weiten Teilen durch eine hohe Zahl von selbständigen Unternehmerfamilien und eine sehr beachtliche Überschreitung des Landesdurchschnitts hinsichtlich der Haushaltungen von mehr als 5 Personen ausgezeichnet ist.

19. Dieses Ostwestfalen mit einer Gesamtzahl von etwas mehr als 88.000 zur Landwirtschaft zu rechnenden Betrieben vom kleinsten bis zum größten Umfang ist infolge seiner Grenzlage und großen Entfernung vom Absatzmarkt des Ruhrreviers dadurch einkommensmäßig benachteiligt, daß
- a. die Klimabedingungen die Landwirtschaft benachteiligen, während die gleichen Klimaverhältnisse den gesamten Raum als Erholungsgebiet ausweisen,
 - b. die Preisspanne für Agrarprodukte den Bundesdurchschnitt von 85 % erheblich übertrifft.
20. Angesichts dieser ostwestfälischen Gesamtlage und besonderen Agrarverhältnisse wurden im Wege weitergehender Einzeluntersuchungen Feststellungen dahingehend getroffen, ob und wieweit landvolkliche Selbsthilfemaßnahmen in Ostwestfalen und im benachbarten Hessenland bereits eingeleitet und mit Erfolg durchgeführt worden sind.

Das Ergebnis:

In einigen Dörfern des Kreises Büren z.B. sind die Bewohner dazu übergegangen, die ihre Einkommenslage so ungemein bedrückenden Preisspannen für die Erzeugnisse ihrer Höfe dadurch bis fast zum Nullpunkt abzubauen, daß sie sich der Aufnahme von Feriengästen zugewandt haben. Was in Ostwestfalen erst sporadisch erkennbar wird, ist in Hessen bereits eine weit verbreitete erfolgreiche Selbsthilfeaktion der Bauernschaft.

21. Die sehr naheliegende ökonomische Überprüfung der landespolitisch bedeutsamen Frage, welcher Nutzeffekt aus einer zielbewußten Nutzbarmachung der Heilkräfte Ostwestfalens für die Hebung des Gesundheitsstandes der Landesbevölkerung im Zusammenhang mit einer grundlegenden Verbesserung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft erwartet werden kann, hat zu folgender Berechnung geführt:
- Es wird unterstellt, daß 60 % der vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe oder insgesamt 50.000 in die Aktion "Landvolkliche Existenzsicherung durch aktiven Beitrag zur Nutzbarmachung der natürlichen

Heilkräfte des Raumes für die Erholung der Industriebevölkerung" einbezogen werden. Rechnen wir mit einer durchschnittlichen Erholungszeit von 4 Wochen, so ließen sich bei zehnmalem Gästewechsel im Jahr 2 Mill. Industriemenschen oder bei vierzehntägiger Erholungszeit und zwanzigmaligem Gästewechsel 4 Mill. Industriemenschen innerhalb eines Jahres entscheidend an der Wiederherstellung ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit beteiligen.

Bei Zugrundelegung eines bescheidenen Tagessatzes von 10,-- DM - in Hessen werden 9,50 DM bis 12,50 DM für Erwachsene und etwa 1,-- DM je Lebensjahr für Kinder bis zu 10 Jahren gezahlt - würde sich ein Einnahmebetrag von immerhin 560 Mill. DM je Jahr für die 50.000 Betriebe oder von 11.200,-- DM je Betrieb und Jahr ergeben können.

22. Unabhängig von diesem rechnerischen Ergebnis sind die politisch sehr viel höher zu bewertenden Folgen einer derartig zielbewußt vom Land geförderten Gesundungsaktion für Stadt und Land. Wir stellen heraus:
- a. 50.000 Familien wären von so manch einer Existenzsorge befreit.
 - b. 50.000 Hausfrauen könnten im Haushalt verbleibend unter Heranziehung von Familienangehörigen sehr positiv bei der Verbesserung der Einkommenslage ihrer Familie mitwirken.
 - c. 50.000 dörfliche Familien könnten aufgrund ihrer verbesserten Situation dann auch daran denken ihre Kinder der Eignung gemäß eine Universität besuchen zu lassen, wenn diese im Zentralraum Ostwestfalens, also in Paderborn, ihren Standort findet.
23. Für die Landesregierung zeichnet sich somit für die Wiederbegründung von Ostwestfalens Landesuniversität im Zusammenhang mit der Durchführung eines Sozialprogramms der "Gesundung von Land und Stadt" ein Weg ab, der es ermöglicht, arbeits-, bevölkerungs-, sozial- und bildungsökonomischen Erkenntnissen gemäß einen ebenso entscheidenden wie nachhaltig wirksamen Effekt in den Bereichen der Gesundheitspolitik, Familienpolitik und Agrar- sowie Sozialpolitik zu erzielen.

Zur Wiederbegründung

einer Landesuniversität

in Paderborn

Vom ostwestfälischen Zentralraum aus gesehen, der sich um das alte Kulturzentrum P a d e r b o r n herum anordnet, besteht eine strahlenförmig ausgehende Omnibusverbindung weit in das Einzugsgebiet des Zentralraumes hinein.

Da es für den Standort einer neuen Landesuniversität, die berufen ist, das seit 1816 durch Schließung der alten Paderborner Universität entstandene Vakuum wieder aufzufüllen, in einem Raum wie Ostwestfalen mit einer weitgehenden Streuung der Bevölkerung von 2,7 Mill. wichtig ist sich Wahrheit über die wirkliche verkehrsgeographische Lage zu verschaffen, ist es in Ansehung der einschlägigen bevölkerungs- und sozialökonomischen Fragen empfehlenswert vergleichbare räumliche Einzugsgebiete bestehender und bewährter Universitäten zu betrachten.

Wie unsere Karte - am Ende des Bandes - ausweist, liegt Paderborn auf dem Schnittpunkt zwischen den Universitäten Dortmund-Göttingen und auf der demnächst Wahrheit werdenden Achse Marburg-Bremen. Neben dieser schon an sich interessanten zentralen Lage zwischen 4 Universitäten, die eine bildungspolitische Arbeitsteilung rechtfertigt und wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeit fördert, ergibt sich ein weiteres positives Faktum:

Das Einzugsgebiet einer Universitätsstadt Paderborn wird mit einem Radius um 50 - 60 km im Durchschnitt ein Gebiet umfassen, wie es seinerzeit von der Friedr.-Wilh.-Universität in Berlin innerhalb des Raumes der noch ungeteilten Reichshauptstadt als städtischer Universitätseinzugsbereich angesehen wurde.

Neben dieser geographischen Parallelität aber befindet sich eine weitere, die von ganz erheblicher ökonomischer Bedeutung sein dürfte:

Ebenso wie die alte Universität in Groß-Berlin mit Mitteln des Schnellverkehrs - Stadtbahn oder Omnibus - von allen Orten ihres städtischen Raumes so günstig zu erreichen war, daß niemand der z.B. in Potsdam oder Erkner oder in noch weiterer Entfernung vom

Stadtzentrum wohnte, auf den Gedanken kam, wegen Erfüllung seiner Arbeitsverpflichtungen in der Innenstadt einen 2. Wohnsitz im Zentrum zu begründen, wird Paderborn als Universitätsstadt im Zentralraum Ostwestfalens so verkehrsgünstig liegen, daß 80 % der ostwestfälischen Studenten die Universität als Pendler besuchen können d.h. für 80 % ostwestfälischer Studenteneltern entfällt die oft schwer zu lösende Aufgabe so etwa 1.500,-- DM Wohnungsmiete im Jahr für den Familienstudenten aufzubringen. Für die Unterbringung weiterer höchstens 20 % ostwestfälischer Studenten kann unschwer innerhalb der Stadt und sehr angemessen Sorge getragen werden.

Es kommt hinzu, daß der Universitätsbesuch vom Heimatwohntort aus sehr dazu beiträgt, den Kontakt mit der Familie und den Nachbarn und der Dorfgemeinschaft aufrechtzuerhalten. So sprechen also neben wichtigen ökonomischen Erwägungen familienpolitische und überhaupt solche von hoher soziologischer Bedeutung für Paderborn.

Was ^{nun} die lokale Lage einer Universität im Paderborner Stadtgebiet angeht, so ist sie als geradezu einmalig geeignet zu bezeichnen. Die altehrwürdige Stadt, die getreu den Leistungen ihrer Bürgerschaft in früheren Jahrhunderten auch das Wiederaufbauwerk der so sinnlosen Bombardierungsfolgen vom März 1945 vollzogen hat, hat von jeher eine weit vorausschauende Bodenpolitik betrieben. So steht Paderborn jetzt, da es um die Beurteilung des bereitstehenden baureifen Universitätsgeländes von gut 1.000 Morgen geht, unbestritten konkurrenzlos da.

Dieser im Osten der Stadt gelegene ideale Grünraum mitten im organisch belebten Gebiet mit seinem weit offenen Blickfeld nach Osten grenzt so unmittelbar an die durch ihre aufgelockerte Bauweise der Außenviertel so angenehm auffallende Stadt, daß es nicht erforderlich ist, eine Planetenstadt für die Unterbringung der universitätsangehörigen Studenten und Dozenten zu errichten.

Indem dieser anderen Orts mehrfach bestehende Zwang entfällt, besteht nicht die Gefahr einer Absonderung der "Universitas" und ihrer akademischen Bürger von der Bevölkerung und dem pulsierenden Wirtschaftsleben. Wer einmal zum Mitarbeiterstab der Paderborner Universität gehören wird, hat die Wahl, sich in den

idyllischen Wohnvierteln ein Eigenheim zu errichten, in den Wohngebiete erschließenden Dörfern im benachbarten Raum zu wohnen oder in unmittelbarer Universitätsnähe nur "akademische Luft" zu atmen. R a u m ist für alle Wünsche vorhanden, dafür hat eine vorsorgliche Kommunalverwaltung rechtzeitig getan was zu tun nötig ist. Erst zu 17 % ist das Stadtgebiet wohnsiedlungsmäßig in Anspruch genommen. Die Stadtverwaltung ist für großzügige Erfüllung der Wünsche zuziehender Familien bekannt und nicht umsonst betreut sie eine Stadt, die mitsamt ihrem Kreis einen Geburtenüberschuß von 162 % des Landesmittels aufweist.

In weiterer landespolitischer Sicht ist zu beachten, daß Ostwestfalens Kerngebiet um den Paderborner Zentralraum herum zugleich den Konzentrationsraum mittelständischer Unternehmerfamilien umschließt. Mehr als 60.000 Familien selbständiger mittlerer und kleinerer Unternehmer sind hier beheimatet. Somit vermag die Landesregierung mit der Wiederbegründung der Paderborner Universität in einem familienpolitisch und mittelstandspolitisch so hervorragenden Gebiet und einer entsprechenden Ausstattung der Einrichtungen für Forschung und Lehre überzeugend darzutun, daß es ihr ernster Wille ist aktiv konstruktive Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des volks- und sozialpolitisch so bedeutsamen Mittelstandes im bestgeeigneten zentralen Raum am besten Platz durchzuführen.

Bevölkerungsökonomisch kann diese Paderborn Standortwahl nur als zukunftssträchtige Entscheidung bezeichnet werden. Denn damit wird dieser Raum mit seiner Spitzenleistung im Geburtenüberschuß einmal die Chance erhalten, seine heranwachsende Generation mit dem Bildungsgut auszurüsten, das sie befähigen kann, mit den Abkömmlingen verstädterter Gebiete im Leistungswettstreit zu bestehen.

Es wird sich dann erweisen können, daß auch Bauernkinder aus den Grenzkreisen des Landes über die geistige Kapazität verfügen, um mit Erfolg zu studieren.

Die Dorfjugend marktferner Teilräume, die bisher von Kindheit auf "Ausbildungsverzicht" aus der ökonomischen Notlage der Universitätsferne gedrillt wurde, wird die ihr dann gebotenen Chancen zu nutzen wissen, wenn sie alltäglich die Busverbindung zum Studium

in Paderborn benutzen kann, die sie bisher nur von den Liborifesten her als Benutzer kennt.

Arbeitsökonomisch gilt es den Ballungs- und Arbeitsräumen des Industriereviers im Westen des Landes nun in Ostwestfalen den Erholungsraum zu erschließen, 400.000 ha Waldland als "Landeslunge" zugunsten von 2 bis 4 Mill. "Revierkranken" fungieren zu lassen, um letztlich aber nicht zuletzt die Abwehrkräfte der Menschen wiederherzustellen und die Leistungsfähigkeit in vollem Umfange zurückzugewinnen zu lassen. Dabei liegt es nahe, den neuen Naturpark Teutoburger Wald-Eggegebirge zum Naturerlebnispark für Jugendliche aus dem Revier durch Schaffung der entsprechenden Heime so in den Gesundheitsdienst des Landes einzuschalten, daß im Vierwochenwechsel hier die Schulklassen im Raum Ostwestfalens Bodenkunde, Gesteinskunde, Botanik, Klimakunde und Zoologie am lebenden Material treiben können.

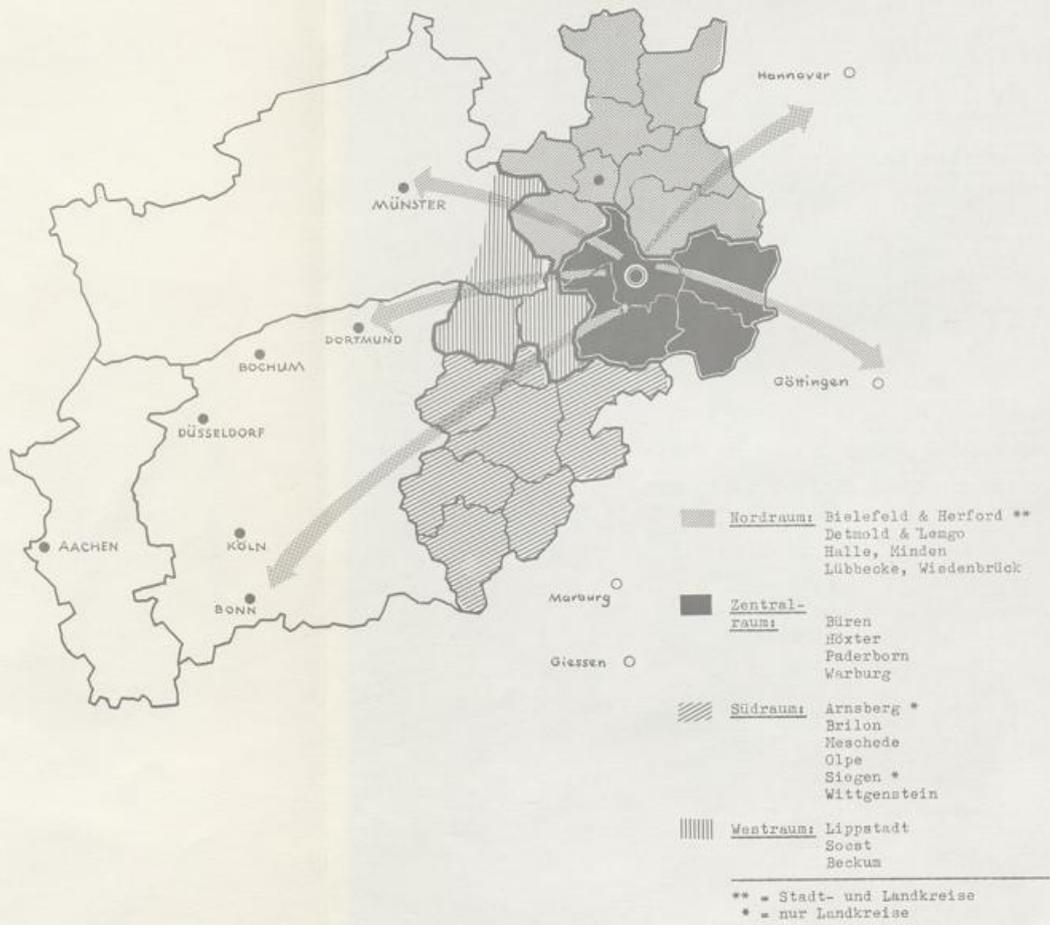
Bildungspolitisch darf zusammenfassend betont werden wie wichtig es für eine beachtliche Zahl anstehender hochaktueller ungelöster Probleme ist, die entsprechenden Forschungsinstitute alsbald zu errichten, um ihre Arbeiten aufnehmen zu lassen. Gleichrangig stehen hier nebeneinander das Klimaforschungszentrum und das medizinische Forschungszentrum. Nicht an Bedeutung stehen nach das forstwirtschaftliche und grünlandwirtschaftliche Forschungszentrum mit anzugliedernder Rinderklinik.

Sozialökonomisch geht es in Ostwestfalen um große und schwierige Probleme. Diesbezüglich liegt hier ein Kreis von Aufgaben vor, der zu seiner vollen raumwichtigen Lösung einer Voraussetzung sicherlich bedarf: Nur Persönlichkeiten, die jederzeit bereit sind, auch im politischen Raum sich als überzeuge Tat-Christen zu bewähren, werden bereit und willens sein, das Grundproblem Ostwestfalens zu erkennen, daß es hier um eine Gemeinschaftsaufgabe von grundlegender und beispielhafter Bedeutung geht, um die wirtschaftliche Gesundung eines noch weitgehend agrarischen Raumes und zugleich die körperliche Gesundheitsförderung von Millionen Industriemenschen, wobei die Zusammenführung von Stadt und Land in ihrer soziologischen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Kulturpolitisch ist P a d e r b o r n wie keine andere Stadt in Ostwestfalen geradezu berufen nach 150-jähriger unfreiwilliger Vakanz wiederum eine Landesuniversität aufzunehmen. Was generell für die Vergangenheit gilt, trifft speziell für die Gegenwart und ihre so entscheidend wichtigen kulturpolitisch-ethischen Probleme zu, die das Christentum in aller Welt zutiefst bewegen. Hier in Paderborn, im Zentrum der großen Diaspora-Diözese reiften die Entscheidungen des ausgewählten Theologenkreises um Lorenz Kardinal Jaeger, die das Ziel einer wachsenden Aktivität zur Wiedervereinigung der Christen aller Konfessionen verfolgen. Wer bereit ist, die hohe Bedeutung einer Wiedervereinigung der Christen für das dem freien Westen aufgezwungene Ringen um die Erhaltung und Ausbreitung seiner Kultur und Zivilisation anzuerkennen, wird nicht und niemals umhinkönnen, durch eine entsprechende Lösung der Universitätsstandsfrage und Begründung eines konfessionell gemischten Forschungsinstitutes für die Zusammenführung der Christen das diesbezüglich G e l e i s t e t e zu honorieren und Raum zu bieten für die V o l l e n d u n g des B e g o n n e n e n .

Benutztes Schrifttum

1. Kubel, A. : Aufgaben einer modernen Kommunalpolitik in die neue Gesellschaft 1964 - Heft 5 -
2. Priebe, H. : Zur Frage der Gestaltung und Größe des zukünftigen bäuerlichen Familienbetriebes in Deutschland. In Bericht über Landwirtschaft N.F. Band 27 / 1941/42
3. Theimer, W. : Geschichte der politischen Ideen 1955
4. Stat. Jahrbuch für NRW 1964
5. Statistik für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1964
6. Grün-er Bericht vom Febr. 1964
7. Bolte, K. und Kappe, D. : Struktur und Entwicklung der Bevölkerung 1964
8. Hamann, H. : Einkommensordnung im Agrarsektor
Erste Auflage 1942, zweite und dritte Auflage 1943
Einkommensordnung und angemessener Preis in der Landwirtschaft in: Agrarpolitik und Betriebslehre 1943
Das Produktivitätsproblem im Agrarsektor in:
Ww. Archiv 1943 - Band 58 -
Das Lohnproblem im Landbau
Ww. Archiv 1945
Gewerbliche Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Gefüge und Ordnung der deutschen Landwirtschaft 1939
Zur Brotgetreideversorgungslage im Deutschen Reich 1938
Das Agrarproblem im westlichen Deutschland - Band 1 - 1946
Das Agrarproblem im westlichen Deutschland - Band 2 - 1947
Biologie und Bodenpolitik: In Gemeinschaft und Politik 1954
Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität in franz. Sprache, Paris 1954
Agrarwirtschaft und moderner Industriestaat: Agrarpolitische Revue, Zürich 1955
Zur Lage der westdeutschen Landwirtschaft in Geopolitik 1961
Zur industriestaatlichen Agrarpolitik in Geopolitik 1962





03SU30

978 3 414

